



10 Pf

Nr. 88

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

„Bangla-Desh“

Lösung des
indisch-pakistanischen
Konfliktes
oder
weiterer Krisenherd
der Weltpolitik

Univ.
Bibliothek
Bochum

Donnerstag, 13. 1. '72
14.00 Uhr, HZO 50

Referentin:
Roshan Dhunjibhoy
Pakistanische Journalistin

Profs wollen Konservierung der jetzigen Verfassung

Satzungsdiskussion im UP: In der letzten UP-Sitzung am 5. 1. gab es einen kleinen Vorgeschmack von dem, was im Verfahren um die Verabschiedung einer neuen Satzung für die RUB auf uns zukommt.

Die Satzungsproblematik

Lt. Hochschulgesetz NRW (HSG) haben die Hochschulen den Auftrag, sich bis April dieses Jahres mit ihren Satzungen an die gesetzlichen Bestimmungen des HSG anzupassen bzw. eine neue entsprechende Satzung auszuarbeiten.

Da der **Studentische Kampf** an den Hochschulen z. Z. ein **Defensivkampf** ist (wir haben das HSG damals trotz Massenaktionen nicht verhindern können; Massenaktionen gegen das Bundesausbildungsförderungsgesetz haben am Grundcharakter dieses Gesetzes ebenfalls nichts geändert), sind wir gezwungen, mit dem HSG zu leben.

Wenn auch klar bleibt, daß das HSG das juristische Instrument dafür ist, das Studium und den gesamten Hochschulbereich letztlich auf die Interessen des Kapitals zuzuschneiden, so läßt es innerhalb seiner Bestimmungen — rein juristisch gesehen — einen bestimmten Spielraum. So ist es bei der Erstellung einer angepaßten Satzung zwar z. Z. unumgänglich, einige schwere Brocken zu schlucken, wie etwa Abhängigkeit der Sitzzahl in Gremien von der Wahlbeteiligung (sog. **Quorum**), **Nichtöffentlichkeit** der Gremien (außer Konvent), **Ermächtigungs-§ 49** (Einsetzung eines Staatskommissars u.dgl.) etc., aber ebenso ist es möglich, mit einer neuen Satzung die mit der jetzigen sogenannten Biedenkopfverfassung (VerRUB) extensiv praktizierte **Herrschaft der Ordinarien** einzudämmen, die verantwortlich ist u. a. dafür, daß die Erstellung von Abteilungssatzungen (Auftrag aus der VerRUB) in 8 Abteilungen

noch nicht stattgefunden hat. Damit wird freilich nur der institutionelle Rahmen gesetzt.

Wir sollten uns allerdings vor der Illusion hüten, daß es **Intention** des HSG sei, die **Macht der Professoren** zu brechen und gleichzeitig sie den fortschrittlichen Kräften an der Uni in die Hand zu geben.

Ersteres ist zwar auch Absicht des Ministers (allerdings in weit geringerem Maße, denn es besteht letztlich keine grundsätzliche (antagonistische) Interessendivergenz zu den Profs; eine vom Minister erlassene Verfassung ist also den Profs sehr viel angenehmer als eine fortschrittliche. S. u.); aber die Bestimmung dessen, was an der Hochschule passieren soll, wird von der **zentralen Schaltstelle Ministerium** ausgehen.

Das Verfahren

Das UP erstellt eine **Wahlordnung** (WO) zum — die neue Satzung beschließenden — **Satzungskonvent** (Parität: 4 Profs, 2 Assis, 3 Studenten, 1 wissenschaftliches Personal; maßgeblich ist das Verhältnis, nicht die absolute Anzahl). Diese WO muß auch durch den Senat. Die oben erwähnte Satzung wird ausgearbeitet und dem Satzungskonvent zur Beschlußfassung vorgelegt von einer **Satzungskommission**.

Studentische und assistentische Satzungsarbeit muß zunächst ausgehen von einer **historischen Einschätzung** der Satzungsarbeit, die bereits an der VerRUB geleistet worden ist, und der Erfahrung mit

Fortsetzung auf Seite 2

Neuanträge für die Aufnahme in das ev. Studentenwohnheim Reinold-von-Thadden-Haus zum Sommersemester 1972 werden nur bis zum

25. Januar 1972

entgegengenommen.
Aufnahmeanträge sind im Sekretariat des Studentenwohnheimes zu erhalten.

WAS GESCHAH WIRKLICH:

Am 4. Dezember wurde Georg v. Rauch von der Polizei erschossen. Seit diesem Tag gab es in der Presse und seitens der Berliner Polizei eine Menge von Berichten und Stellungnahmen, die alle widersprüchlich und verlogen waren.

Am 4. 12. um 17 Uhr in Berlin fuhr vom Winterfeldplatz ein Ford-Transit, gefolgt von einem roten VW-Variant, der aus einer Seitenstraße gekommen war, und einem Wagen mit zivilen Beamten der Abteilung 1 (Politische Delikte) — und nicht, wie fälschlicherweise von der Presse und Polizei behauptet worden war, in die Eisenacherstraße.

Unabhängig von den Ermittlungen der Politischen Polizei beobachteten in der Kleiststraße (Ecke Eisenacher) drei Beamte des Landesamtes für Verfassungsschutz, ebenfalls im Zusammenhang mit der Georg-v.-Rauch-Aktion, den Eingang eines Hauses, in dem sie v. Rauchs Wohnung vermuteten.

Ihr PKW stand am unteren Ende der Eisenacherstraße.



Eichhörnchen mit Hübner

Der Ford-Transit parkte vor der Hausnummer 2, der VW auf der anderen Straßenseite gegenüber einer Einfahrt. Die beiden Zivilbeamten stiegen aus und forderten die insgesamt 4 Personen auf (2 Ford; 2 VW) mit erhobenen Händen auszuweichen. Dabei gelang es einem zu fliehen. Er wird von dem einen Beamten verfolgt, laut Zeugenaussagen wird er von einem Schuß am Bein verletzt.

Der Zeuge berichtete dann, wie „ein Halbstarke in rostbrauner Lederjacke“ mit vorgehaltener Pistole „drei langhaarige junge Leute“ an die Wand trieb. Sie mußten sich mit dem Gesicht an die Wand stellen.

Der Zeuge, der das Geschehen vom gegenüberliegenden Balkon beobachtete, glaubte an einen Raubüberfall, da die jungen Leute Einkaufstaschen bei sich hatten, aus denen „Eierpakete“ herausragten und es überhaupt so aussah, als seien sie vom Einkauf gekommen, und alarmierte die Polizei.

Unten auf der Straße tastete der Zivilbeamte zwei der drei Verdächtigen nach Waffen ab. Es wurde nichts gefunden.

Der Vorbeugemord

Aufmerksam geworden durch die Flucht der vierten Person, kamen inzwischen die drei Verfassungsbeamten um die Ecke. Da alle beteiligten Beamten Zivil tragen, kommt es zu einem Mißverständnis! Schultz hält die drei für Angehörige der Baader-Meinhof-Gruppe. Er hat sich nach dem Abtasten der Festgenommenen hinter den Transit zurückgezogen und hält sie in Schach. Er hat nichts von ihnen zu befürchten, sie stehen mit erhobenen Händen an der Wand.

Doch als Georg v. Rauch den Kopf wendet und die Straße zu den sich nähernden Männern hinaufschaut, schießt er! Die Kugel trifft oberhalb des rechten Auges...

Diese Tat ist durch keinerlei Notwehr gerechtfertigt. Sie ist **Vorbeugemord**! Schultz will seinen Mann haben, tot oder lebendig. Läuft er ihm weg, hat er Tadel und Kritik von seinen Vorgesetzten zu erwarten, aber ein Verletzter oder — besser noch — ein Toter, läßt sich immer noch nach bewährtem Muster in Notwehr umdrehen. Darum zielt Schultz auf den Kopf. Niemand kann behaupten, daß eine Kugel aus 2m Entfernung ein tragisches Versehen ist! Auf diese Distanz trifft auch ein ungeübter Schütze dorthin, wohin er die Kugel haben will. Und vor ihm steht ein „Krimineller“, dessen Taten durch die Springer-Presse (und sonst durch gar nichts!) „bewiesen“ sind! So schwinden die letzten Skrupel. Der Kopfgänger tut seine Pflicht.

Sekunden später muß Schultz über die Straße laufen, um hinter den parkenden Wagen der gegenüberliegenden Straßenseite Deckung zu suchen. Auf der Straßenn Mitte trifft ihn ein Sirenschuss in die Leistenregion, abgegeben von den Verfassungsschützern, die hinter dem Ford 12 M Stellung beziehen. Das anschließende Feuergefecht dauert ca. 2 Minuten, wobei die Scheiben des 12 M zerschossen werden.

Hilfe, Polizei!

Insgesamt wurden 18—19 Schüsse abgegeben, die meisten Einschläge wurden auf der gegenüberliegenden Straßenseite entdeckt. (Was die Schüsse und die Herkunft der Projektile angeht, so gibt es auch hier unterschiedliche oder bewußte Falschmeldungen. So hatte z. B. der Fahndungsleiter Deter am Sonntag erklärt, der Beamte Schultz hätte sein ganzes Magazin leergeschossen in dem Untersuchungsbericht hieß es dann, daß nur drei Kugeln aus der Pistole gefeuert worden sind. Was die Herkunft der 9mm Projektilen angeht, so werden diese nicht von der Politischen Polizei — sie verwendet wie Schultz 7,65 — verwendet, sind aber bei der Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz in Gebrauch.)

Eine Zeugin bestätigte, daß alle drei Personen noch die Hände oben hatten, als geschossen wurde. Die zwei „Langhaarigen“ liefen in verschiedenen Richtungen davon, gedeckt durch parkende Autos.



Bürger in Uniform

Schultz schreit „Hilfe, Polizei!“ Da beginnt es den drei Schützen hinter dem Ford zu dämmern.

„Mensch, Günther, schießen wir doch nicht auf unsere eigenen Leute!“ ruft einer. „Freund“ und „Feind“ verlassen die Deckung. Kollegial, wie vor allem Kripobeamte vom Verfassungsschutz sind, die ihre Geheimidentität wahren müssen, kümmern sie sich nicht um ihren verletzten Kollegen.

Sie eilen zu ihrem PKW, während Schultz verdattert auf der Straßenn Mitte stehenbleibt und fahren an ihm vorbei in Richtung Kleiststraße.

Das ist der wahrscheinliche Tatverlauf, wie er vom Ermittlungsausschuß und Rechtsanwaltskollektiv rekonstruiert wurde.

Dafür sprechen:

● Die Schießerei dauerte nachweislich 2—3 Minuten

● Die Kaliber 7,65 und 9 mm werden von Kripo und Verfassungsschutz verwendet.

● In einem Umkreis von 2 km um die Eisenacherstr. waren Kripo-Wagen postiert.

● Die Einschläge auf der der Eisenacherstr. 2 gegenüberliegenden Straßenseite sind zahlreicher (der deutlichste Beweis gegen die Tatortskizze in der BILD).

Am Nollendorfplatz wurde abends ein Mann festgenommen, mit der Begründung, er sei zwischen 16.00 und 18.00 Uhr in der Eisenacherstr. gesehen worden (Die Aktion war geplant!)

Am Donnerstag wurde die Ermittlung in Sachen Baader-Meinhof-Gruppe nicht mehr von der Politischen Polizei geleitet, sondern — offiziell! — vom Raubdezernat. Die Beamten, die den Wagen verfolgten, waren, wie schon festgestellt, Zivilbeamte der Abteilung 1, die für Politische Delikte zuständig ist.

Bestandsaufnahme für Zeitungsleser Von Erich Fried

Die Polizei erklärte:

„Georg von Rauch wurde wahrscheinlich von eigenen Leuten erschossen“

Nun weiß man: er stand an der Wand, die Hände hoch, schon nach Waffen durchsucht aber unbewaffnet

Er hatte sich auch nicht gewehrt und er wurde getötet durch gezielten Nahschuß ins Auge von KOM Schultz

Die Abkürzung KOM muß Kommunist bedeuten und vermutlich für irgendeine rote Mordgruppe stehen

denn die Behauptung, das heiße Kriminalobermeister ist offenbar ein plumper Täuschungsversuch

Auch daß die Schießerei erst nach dem Tode von Rauchs stattfand und nicht mit „linken Politgangstern“, sondern

nur zwischen Polizei und Verfassungsschutz die einander nicht gleich erkannten ist einfach nicht glaubhaft.

Sonst wäre die Polizei nicht noch in der folgenden Nacht in Wohnungen eingedrungen auf der Suche nach diesen Tätern.

Freilich, die Dunkelziffer bei solchen Verbrechen bleibt hoch und Rechtssicherheit ist keine Linkssicherheit.



INHALT:

Seite 2:
Solidarität
aller Linken

Seite 3:
Fachschafts-
nachrichten
(hochinteressant)



Seite 4:
Sonderseite: Hilfe
im Studienbüro

Seite 5:
Linke heiße
Diskussion:
Die Ware

Seite 6:
„Welt“ und
„Bayernkurier“
über unseren
Studienführer



Solidarität aller Linken gegen politische Verfolgung

Die Herren Parlamentarier scheinen den Bedürfnissen unserer modernen Gesellschaft nicht schnell genug nachzukommen. Noch bevor die gesetzlichen Maßnahmen wie HschRG, Ordnungsrecht etc. zur Formierung und politischen Disziplinierung maßgeschneidert für „unsere“ Universitäten an der Stange der freiheitlich demokratischen Gesetze hängen, beginnt die Staatsbürokratie in konzertierter Aktion mit den Massenmedien und reaktionären Professoren die Hexenjagd nach Marxisten und fortschrittlichen Demokraten.

Hatte man früher durch reaktionäre Berufsverfahren im stillen Kämmerlein den Status quo verteidigt, so geht man heute schon offensiv daran, eine breite Säuberungswelle einzuleiten. Die Fälle Holz und Sigrist u. a. in Bremen waren der Auftakt. In Hamburg und NRW wurde mehreren Lehramtskandidaten die Einstellung in den Schuldienst verweigert. In Berlin und Bayern verbot man fortschrittliche Veranstaltungen.

Auch hier an der RUB zeigen die jüngst bekannt gewordenen Fälle Westphalen, Mildnerberger und Pasiersky denselben Trend. Der Hamburger Senat hat mittlerweile einen Erlass veröffentlicht, der Angehörigen oder Sympathisanten radikalen (und das heißt in der Regel linken) Organisationen den Eintritt in den Staatsdienst verwehrt.

Der Hauptausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags bereitet entsprechende Einstellungsrichtlinien vor. Eine für den Januar angekündigte Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder dient demselben Zweck. Daß hier Art. 3, 12 u. 33 des Grundgesetzes kalt-schnäuzig überspielt werden, zeigt, daß der eingeschlagene Weg über „Korea-Erlass“, Notstandsgesetze, Handgranatengesetz und Abhörurteil des BVerfG weitergeht.

Hier ist es mit dem Jammern um Grundrechte oder mit dem Anrufen des Bundesverfassungsgerichts, wo doch Leute wie Benda (proffiliert) Notstandsgesetzbastler und Partei-Verbots-Betreiber sitzen, nicht getan.

Vielmehr muß hier gefragt werden, was sind die Ursachen dieser

Entwicklung. Handelt es sich hier nur um ein paar Wildgewordene? Sicherlich nicht an Betracht der konsequent und gesteuert vorangetriebenen Hetze und Repression gegenüber den Linken und allen fortschrittlichen Kräften, die Ausdruck der allgemeinen Verschärfung der Klassenausscheidungen in Westdeutschland und West-Berlin sind.

Zum einen manifestieren sich diese Klassenausscheidungen, wo eine bewußter werdende Arbeiterklasse sich der zunehmenden Repression seitens der Kapitalistenklasse ausgesetzt sieht.

Das Monopolkapital setzt mit Hilfe seiner SPD-Regierung und der DGB-Spitze offen ein Lohndiktat durch, was eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse bedeutet. Seitdem der westdeutsche Imperialismus nach dem Ende seiner Rekonstruktionsperiode immer mehr von der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus betroffen ist, zeigt er immer mehr sein wahres Gesicht. Er beginnt in allen Bereichen der Gesellschaft offener seine reaktionäre Herrschaft auszuüben.

Für die Universität muß die Antwort auf solche Maßnahmen ein Bündnis mit allen linken Gruppen und allen fortschrittlichen Demokraten sein.

Der AstA hatte auf der Uni-Vollversammlung deutlich gemacht, daß er ein solches Bündnis unter zwei Bedingungen angeboten:

1. Das Komitee muß offen sein für alle Gruppen.
2. Es muß alle Repressionsfälle aufgreifen.

Solidaritäts-Komitee

Die Begrenztheit und Einseitigkeit des Holzer-Komitees sollte überwunden werden. Das Teach-in zum Fall Pasiersky war das erste Auftreten des Solidaritäts-Komitees, das die Diskussion um Organisationsstruktur und theoretische Plattform aufgeschoben hatte.

Bei der darauffolgenden Diskussion um die Plattform gab es kontroverse Stellungnahmen zu einer AstA- und einer DKP-Vorlage. Während die AstA-Vorlage eine Analyse dieser Entwicklung enthielt (wie sie oben angerissen ist), stellte der DKP-Entwurf sie quasi als Phänomen dar mit der Aufforderung, das Grundgesetz zu verteidigen.

Bedauerlicherweise versuchte die DKP ihre Vorstellungen durch Abstimmungs- und Geschäftsordnungsstricks durchzudrücken, indem man den KSV nicht aufnehmen und plötzlich nur Mitglieder des Holzer-Komitees abstimmen lassen wollte.

Das Komitee wurde daraufhin beschränkt auf Assistenzschaff-Gew-Hochschulgruppe, AstA, die einen Plattformentwurf erarbeiteten, der ausgehend von dem AstA-Entwurf die Analyse dieser „Säuberungswelle“ beinhaltet, sich nicht nur auf die Position der Erhaltung des Grundgesetzes beschränkt, jedoch begrüßenswerterweise versucht, sprachlich das „Partei-chinesisch“ linker Publikationen zu

überwinden und auch inhaltlich ein Bündnis aller Marxisten und fortschrittlichen Kräfte offenzulassen.

Der Plattform stimmten anschließend alle politischen Hochschulgruppen zu (SAG, SHB, KSB/ML, KSV, Spartakus). Da die Plattform bis zum Redaktionsschluß noch nicht bindend durchs Komitee reaktionell überarbeitet war, wird sie erst in der nächsten BSZ voll abgedruckt werden.

Das Solidaritätskomitee besteht im Kern aus Assistenzschaff, GEW, AstA. Diese Gruppe bereitet Aktionen vor, diskutiert mit den Hochschulgruppen des Bündnisses diese Vorlagen und nimmt das Ergebnis dieser Diskussionen in ihre Vorlage auf; entscheidungsberechtigt und verantwortlich für Publikationen, Teach-ins und Resolutionen sind jedoch Assistenzschaff, GEW, AstA.

Die Beschlüsse sind für die einzelnen Gruppen insoweit bindend, als daß sie sich zur praktischen Unterstützung verpflichten und inhaltlich nicht konträr auftreten.

Das Komitee wird in erster Linie konkrete Aktionen zum Schutz verfolgter Assistenten und Studenten planen und durchführen. Zu diesem Zweck sollen auch in Zusammenarbeit mit Komitees an anderen Hochschulen Informationen über bekanntgewordene Fälle gesammelt, alle Rechtsmittel zur Verteidigung Betroffener ausgeschöpft, evtl. Kampfmaßnahmen wie z. B. Streiks usw. vorbereitet und durchgeführt und die Öffentlichkeit so umfassend wie möglich aufgeklärt werden.

Darüber hinaus müssen aber auch die Hintergründe und die gesellschaftliche Funktion der „Säuberungs“-Welle analysiert werden. Das Komitee begrüßt es deshalb, wenn verschiedene Gruppen und Einzelpersonen ihre Positionen bei der Analyse in die Diskussion einbringen — es erwartet allerdings, daß vor allem die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung besteht und diese sich in konkreter Zusammenarbeit manifestiert.

Erste Schritte werden Kampfmaßnahmen zum Fall Pasiersky sein, die darauf gerichtet sind, die Unibürokratie und die Reaktionen der Abt. AOW zu zwingen, die Assistentenstelle wieder einzurichten, damit Herr Pasiersky seine fortschrittlichen Lehrveranstaltungen und Forschungsvorhaben fortführen kann.

Zur studentischen Krankenversorgung

Um noch einmal deutlich zu machen, welche Politik wir in Sachen studentischer Krankenversicherung für sinnvoll halten und auch in Bochum schon praktiziert haben, veröffentlichen wir den Antrag, den der AstA Uni Bochum an den VDS-Zentralrat gestellt hat.

Da inzwischen feststeht, daß die DSKV spätestens im nächsten Sommersemester nicht mehr zahlungsfähig sein wird und eine Beitrags-erhöhung von jetzt schon 89,— DM pro Semester auf von der DSKV auf der letzten Hauptversammlung geforderte 115,— DM nicht vertretbar ist, desweiteren bis zum Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit eine gesetzliche Regelung nicht realisierbar ist, fordern wir die Vertreter des VDS sowie die örtlichen Studentenschaft und Studentenwerke auf, in bezug auf die Studentische Krankenversicherung in Zukunft folgende Politik zu vertreten:

1. In Anbetracht der bestehenden Situation ist die DSKV so früh wie möglich (d. h. auf der nächsten Hauptversammlung am 1. 2.) zu liquidieren, um zu vermeiden, daß Vermögenswerte verloren gehen, die sonst den Studentenwerken bzw. den einzelnen Versicherten zugute kommen könnten.

Eine Politik, die mit der Spekulation auf Zuschüsse von Bund oder Ländern durch eine möglichst lange Erhaltung der DSKV eine gesetzliche Neuregelung der Studentischen Krankenversicherung zu erreichen versucht, lehnen wir als völlig illusionistisch ab.

2. Wir halten die Einrichtung einer eigenen studentischen Krankenkasse nicht für sinnvoll, da sich dort unzumutbar hohe Beiträge und schlechte Leistungen nur durch Bundes- bzw. Landeszuschüsse vermeiden ließen, deren Durchsetzung völlig unrealistisch ist.

Zudem ist der verwaltungsmäßige Aufwand für eine solche SKV unsinnig und führt zu unnötiger Erhöhung der Beiträge.

Außerdem halten wir es für falsch, die Studenten in einer solchen Krankenversicherung zu isolieren, da wir eine solche Isolation nicht für den richtigen Weg zu dem Ziel einer allgemeinen Volksversicherung halten.

3. Es ist in diesem Semester auch aufgrund verstärkter Werbefeldzu-

ge der Ersatzkassen festzustellen, daß noch mehr Studenten als bisher (in der DSKV waren sowieso nur ca. 40 Prozent der Studenten versichert) aus der DSKV zu den Ersatzkassen abwandern, die wesentlich günstigere Tarife und Leistungen anbieten als die DSKV. Um diesen jetzt schon relativ großen Teil der Studenten nicht einer Willkür-Politik der Ersatzkassen auszuliefern, halten wir es für nötig, gewisse Richtlinien bezüglich Beitragshöhe bzw. eventueller Erhöhung, für die in den Ersatzkassen versicherten Studenten festzulegen und vertraglich abzusichern.

4. Insgesamt erscheint uns als sinnvolle Lösung die Eingliederung der Studenten in die schon bestehenden gesetzlichen Krankenkassen, wobei den Ersatzkassen der Vorzug zu geben ist, da hier sowohl in bezug auf Beitragshöhe als auch auf Leistungen die besten Bedingungen gegeben sind, im Vergleich z. B. mit den AOKen.

5. In den Verträgen mit Ersatzkassen muß gesichert sein:

a) Die Aufnahme der Studenten zu den angebotenen günstigen Tarifen darf keine Beitragserhöhung für die Solidargemeinschaft zur Folge haben.

Eventuelle Defizite während einer Übergangszeit müssen aus den Rücklagen der Ersatzkassen „vorgestreckt“ werden; ein Ausgleich ist aber schon nach kurzer Zeit möglich, da die Studenten nach Abschluß des Studiums als „entsprechend“ „Mehr-Verdienende“ auch höhere Beiträge zu zahlen haben. (Nur aus dem Grund haben die Ersatzkassen ja wohl den Run auf die Studenten veranstaltet.)

Hier zeigt sich ein weiterer Vorteil der Eingliederung der Studenten in die Ersatzkassen.

Die Studenten können auch im späteren Beruf in der entsprechenden Ersatzkasse bleiben, obwohl sie normalerweise aufgrund des höheren Einkommens in die wesentlichen teuren Privatkassen gehen müßten.

b) Familienhilfe muß erhalten bleiben, da sonst, solange die familien-unabhängige kostendeckende Ausbildungsförderung nicht realisiert ist, für eine große Gruppe der Studenten unzumutbare Belastungen entstünden.

c) Eventuelle Beitragserhöhungen in den nächsten Jahren müssen mit dem Bafög-Höchstförderbetrag korreliert werden oder zumindest in einem bestimmten Rahmen festgelegt werden.

6. Wir fordern den VDS auf, in Verhandlung mit den größten Ersatzkassen zu treten und eine möglichst bundeseinheitliche Regelung durch Verträge nach den o. a. Richtlinien durchzusetzen.

(Es ist sinnvoll, mit verschiedenen Ersatzkassen Verträge abzuschließen, da aufgrund der verschiedenen Fachrichtungen bzw. Berufsziele auch verschiedene Anforderungen seitens der Versicherten bestehen, z. B. TK. Zudem ist durch die so entstehenden „Konkurrenzsituation“ für die Ersatzkassen eine bessere Absicherung bezüglich der Beitragshöhe möglich.)

AstA Uni Bochum

Haushalt im SP

Damit ihr auch alle wißt, wohin der studentische Sozialbeitrag fließt: In der Studenten-Parlamentssitzung am 11. 1. 72 fanden die 1. und 2. Lesung des Studentenschaftshaushalts statt. Volumen: über 3 Millionen DM. Diese Zahl täuscht über die wahre Finanzlage, denn wegen der DSKV-Problematik wurde faktisch für alle Studierenden der volle Sozialbeitrag (111,— DM) eingesetzt. Nur ein Bruchteil des Geldes wird für die Arbeit des AstA und der Fachschaften verwandt.

Die anderen großen Ausgabenposten sind SP, Studentenwerk und VDS. Das Schwergewicht der studentischen Aktivität soll auf Informationskampagnen für die Masse der Studenten liegen. Näheres in BSZ Nr. 89.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trispheer

BRILLEN **Hagemann** SÜDRING 20

Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

Profs wollen Konservierung der jetzigen Verfassung

Fortsetzung von Seite 1

dieser Verfassung, die sich äußert in Erfahrungen mit der Gremienarbeit. Von studentischer Seite hatte man damals (68/69) sich von der VerRUB die Möglichkeit erhofft, in ihrem institutionellen Rahmen eine fortschrittliche Politik durchsetzen zu können. Das hat sich als grobe Fehleinschätzung erwiesen: einerseits bietet die Konstruktion der VerRUB genügend Blockademöglichkeiten für die konservative Professorschenschaft (Kompetenzüberschneidung von Senat und UP) und andererseits werden progressive Beschlüsse, sollten sie doch einmal den institutionellen Rahmen passiert haben, durch Intervention von Rektor und/oder Minister verwässert bzw. verhindert.

Mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit wird eine progressive Satzung, also lediglich der institutionelle Rahmen, irgendwann im Satzungsgebungsverfahren auf der Strecke bleiben, weil es für den Minister wesentlich ist, daß eine Satzung seiner Interpretation vom HSG zu entsprechen hat, die letztlich diktiert wird von den Interessen der Wirtschaft, o. a. formal so auszusehen hat, daß sie — unter Einplanung einiger scheindemokratischer Ornamente (Konvent etc.) — die inhaltliche Durchsetzung der ministeriellen Politik optimal gewährleistet. Diese Interessenbestimmtheit von Seiten der Wirtschaft, diese Tendenz zum Diktat von zentraler Stelle aus wollen

SHB und SAG durch ihre Arbeit in der Satzungscommission aufzeigen. (Parität 3:3:3:1). (Sie nimmt ihre Arbeit am 18. 1. auf). Der Satzungs-konvent schließlich verabschiedet die Satzung mit 2/3-Mehrheit, wonach sie vom Minister genehmigt werden muß. Dies Verfahren hat natürlich seine Tücken. Besonders anhand der Zustimmung zur WO durch den Senat wird sich zeigen, ob die Profs schon auf dem Kurs der Verzögerungstaktik gehen.

Professorale Strategie

Die professorale Spitze (also etwa Faillard und Ewald) vertreten neuerdings — man höre und staune — eine Konfliktstrategie, allerdings von rechts. Daß am juristischen Verfahren nichts mehr zu ändern ist, hat man auf professoraler Seite bereits erkannt. So schlagen sie dann nach Ablauf des Verfah-

Sozialkampagne des AstA:

1. BAFÖG
2. Krankenversicherung
3. Wohnsituation

Termin: 25. bis 27. 1. 1972

Weitere Informationen folgen!

rens mit WO, Satzungs-konvent etc. vor, die VerRUB einfach dem Minister so vorzusetzen, wie sie ist, nämlich nicht an das HSG angepaßt: „und dann wollen wir doch mal sehen, was Düsseldorf macht.“ An anderen NRW-Universitäten spekuliert die konservative Professorschenschaft — dokumentarisch belegbar — auf ein Oktrois aus Düsseldorf, der dem Minister gem. § 49 bei Überschreitung der Frist, zu der die neue Hochschulsatzung vorliegen muß, möglich ist. D. h.: der Minister erläßt einfach eine Satzung. Es bleibt abzuwarten, welche Taktik die Bochumer Ordinarien einschlagen. Zum anderen sind die Professoren mit der VerRUB aufgrund ihrer Mitpräsenz im UP (Legislativorgan) und gleichzeitig ausschließlicher Präsenz in Senat (2. Kammer) und Rektorat (Exekutive) in ihrem Sinne sehr gut gefahren. Im übrigen beeinflusst eine vorliegende Satzung ein Oktrois.

Die BSZ wird fortwährend über den Stand der Satzungsdiskussionen berichten.

Men like its flavor Women love its aroma

RUM and MAPLE

PIPE MIXTURE

Großpackung 250g 12,50 DM

ZFI

Senat macht Ärger

Wieder einmal mehr bewies der Senat seine spezifische Funktion der professoralen Interessenvertretung, und nicht der Interessenvertretung der Abteilungen, wie es laut Uni-Satzung sein soll. Diesmal im Fall ZFI-Satzung und in Sachen Berufung Denninghaus auf einen H3-Lehrstuhl.

ZFI-Satzung

Im Falle der ZFI-Satzung (SZFI) hat der Minister seine Zustimmung zur Errichtung eines Zentralen Fremdspracheninstituts (ZFI) überhaupt vom positiven Votum des Senats zur SZFI abhängig gemacht. Obwohl diese Satzung an sich nicht durch den Senat muß, konnte durch diesen juristischen Schlenker seitens des Ministeriums der Senat seine in langen Jahren eingetübte Blockadefunktion wieder einmal wahrnehmen, enthält doch die SZFI Elemente, die die uneingeschränkte Vorherrschaft der Ordinarien — potentiell — einschränken können. Beispielsweise wählt eine Vollversammlung von eingetragenen ZFI-Benutzern alle wichtigen Organe (also Institutsrat etc.).

So hieß es dann in der Senatsstellungnahme: verabschiedet in der Senatssitzung am 16. 12. 71, sinngemäß etwa so: 1. Wir sind unheimlich für eine Errichtung eines ZFI! 2. Wir sind unheimlich gegen die vorliegende Satzung!

3. Wir sind unheimlich für eine Errichtung eines ZFI!

Die Verlogenheit dieser Stellungnahme wird aufgedeckt in einem Sondervotum zur Senatsstellungnahme seitens der Studenten- und Assistenzschaff.

Der Fall Denninghaus

Der „Fall“ Denninghaus mußte angesichts des Staubs, der nach der

Ablehnung von Denninghaus als H3-Prof. in der Öffentlichkeit aufgewirbelt wurde, neu beraten werden.

Der Senat hatte nämlich Denninghaus trotz überwiegend positiver Gutachten, u. a. aus „Rußland“ (gemeint ist wahrscheinlich Sowjetunion), wegen zweier negativer Stellungnahmen aus Abteilung V abgelehnt, sah man doch durch eine solche personelle Entscheidung den professoralen Einfluß aufs ZFI gefährdet.

Inzwischen hatten sich die Ordinarien der Abteilung V sich mit 16:15 zu einem positiven Votum für Denninghaus durchgerungen. Zu Anfang der Neuberatung im Senat gab der Rektor seinen Unwillen darüber kund, daß der Fall Denninghaus soviel Staub aufgewirbelt hatte, und man solle doch jetzt Denninghaus zwecks Vermeidung weiteren Ärgers berufen.

Nachdem Suhrbaum — als (zweiter) Berichterstatter eines eigens eingesetzten Senatsausschusses — ein flammendes Plädoyer für Denninghaus gehalten hatte, traten die Herren Senatoren in die Beratungen ein. Die meisten dort vorgebrachten Argumente zeigten eine — trotz zuweilen brillanter Formulierung — erschreckende Borniertheit. Beispielsweise vertrat Haas die Meinung, ein junger Dozent müsse sich seine Sporen erst an anderen Unis erwerben; gewisserma-

ßen also erst seine Lehr- und Wanderjahre absolvieren, bevor er hier an seiner Heimat-Uni berufen werden könne.

Den Grundtenor der Argumentation gibt am besten ein Zitat von Gawlick (Abt. III) wieder, der — kurz vor dem positiven Beschluß — folgendes von sich gab: „Ich erschreke vor der Größe der Beweislast, wenn wir Denninghaus ablehnen.“

Die Dekane als Mitglieder des Senats zeigten einmal mehr — diesmal allerdings aus der Defensive —, daß sie nicht Vertreter der Abteilungen sind (Studenten-, Assistenzschaff, ZFI und mehrere Fachschaften hatten für Denninghaus plädiert), sondern Statthalter professoraler Interessen. Der Beschluß fiel in geheimer Abstimmung gegen immerhin 6 Gegenstimmen.

Folgerungen

Zum ersten bleibt anzumerken, was eine solidarische Aktion gegen den Senat vermag. An solchen praktischen Fällen wird das Solidaritätskomitee (s. Artikel) seine Schlagkraft beweisen. Man sollte allerdings vorsichtig damit sein, solche „Erfolge“ (1. ist das ZFI noch nicht errichtet und 2. ist es eine durchaus zweischneidige Einrichtung: einerseits kann es die Sprachausbildung effizienter machen und damit Zeit für andere Aktivitäten freisetzen, andererseits hilft es das 6-Semester-Kurzstudium vorbereiten) als Schritte auf dem Weg zu einer sozialistischen Universität zu deklarieren. Die Determinierung des universitären Geschehens seitens der Wirtschaft konkretisiert sich nämlich nur sehr bedingt in Senatsentscheidungen; man darf Rangeleien an der Universität nicht mit sozialistischem Hochschulkampf verwechseln. Zum zweiten zeigt sich die Notwendigkeit, in einer neuen Verfassung das Problem Senat abschließend zu regeln.





Fachschafts- nachrichten

„Geographie-Projektstudium“

Auf Beschluß der Fakultät fielen in der Woche vom 13. bis 17. Dezember alle Veranstaltungen im Geogr. Institut der RUB aus. An deren Stelle fanden Projekte statt, die von Studenten organisiert und vorbereitet waren. An den Projekten nahmen Studenten und Lehrende der Geographie teil. Ziel der Projektstudienwoche war es, neue Lernformen und Lerninhalte zu erproben. Die Fachschaft Geographie fordert seit Semestern eine Studienreform „an Haupt und Gliedern“.

Das Bemühen um neue Lerninhalte ist auf dem Hintergrund einer Veränderung geogr. Lerninhalte in der Schule zu sehen. In Gesamtschulversuchen wird der traditionelle länderkundliche Unterricht durch ein neues Fach „Politik“ ersetzt, das geogr. Lerninhalte unter dem Bezug Mensch Raum einbezieht. Nicht nur die Veränderung auf dem Schulsektor, sondern auch die zu analysierende Unwissenschaftlichkeit von Länderkunde hat u. a. die Fachschaft Geographie motiviert, neue Lernziele und Lerninhalte in der Geographie zu fordern.

Die organisatorische Form einer neu verstandenen Hochschulgeographie wäre das Studium in Projekten. Der Begriff Projekt läßt sich durch die Begriffe „Interdisziplinarität/Praxisbezug/Problemorientierung“ genauer umschreiben.

In einem Projekt werden Praxis und die Anwendung wissenschaftlicher Arbeiten kritisch analysiert. An die Stelle der Trennung von „wertfreier Forschung im Elfenbeinturm“ (hier Stahl-Beton-Glas-Türme-RUB) und theorieloser Praxis in der „späteren Berufsausübung“ wird ein kritisches Wechselverhältnis von Theorie und Praxis gefordert. Dieses Wechselverhältnis bedingt, daß Interessen, Auf-

traggeber, wissenschaftlicher Forschungen, sowie gesellschaftliche Bedingungen einer Wissenschaft kritisch hinterfragt werden und damit zum Forschungsprozeß mitgehören.

Das Studium in den Projekten orientiert sich zunehmend an der Berufspraxis. In der Geographie bedeutet dies, daß an Stelle „eines allgemeinen Studiums“ eine wissenschaftliche Geographielehrerausbildung tritt. Die Themen der einzelnen Projekte lauteten:

- 1) Müllbeseitigung in Bochum
- 2) Studentisches Wohnen
- 3) Probleme der Einbeziehung der Praxis in die Geographielehrerausbildung
- 4) Analyse der Aussagen von Schulbüchern zum Thema „Dritte Welt“
- 5) Industriestandorte im Ruhrgebiet

Innerhalb der Projektstudienwoche fanden 5–7 Sitzungen der einzelnen Projekte statt. Es war allen Teilnehmern klar, daß in einer Woche höchstens Fragestellungen für ein Projekt (durchschnittliche Dauer 1 Jahr) andiskutiert werden konnten.

Die Einbeziehung der Praxis in die Projekte gelang recht gut, da

Schulen uns eine Hospitation ermöglichen und die „Müllverwaltung“ in Bochum den Studierenden optimale Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Heute, einige Wochen nach der PS-Woche sind die Konsequenzen der Arbeit recht offen. Einige Projekte werden versuchen, neben den anderen Veranstaltungen weiterzuarbeiten.

Die Projektstudienwoche hat recht deutlich gemacht, welche kurzfristigen Forderungen für ein interdisziplinäres, praxisbezogenes und problemorientiertes Studium zu stellen sind.

- 1) Aufbau einer fachbezogenen Didaktik (Didaktik der Geographie)
- 2) Einbeziehung der Sozialwissenschaften in die Geographielehrerausbildung
- 3) Aufbau eines Hochschuldidaktischen Zentrums an der RUB, das eine Vernetzung der einzelnen Fachdidaktiken verhindert.
- 4) Kooperation und Integration der Pädagogik mit den einzelnen Fächern im Rahmen einer Lehrerausbildung
- 5) Zusammenarbeit der Hochschule mit den Schulen in Bochum, insbesondere den Schulversuchen, um eine Curriculumrevision durchzuführen.

6) Veränderung der Studien- und Prüfungsordnungen in der Hochschulgeographie (Abschaffung der Länderkunde, Einbeziehung von Wissenschaftstheorie und Fachdidaktik, mehr Möglichkeiten, Interessenschwerpunkte zu bilden).

Das Projektstudium erfordert nicht nur neue Lerninhalte, sondern auch neue Lernformen und Lehrformen.

Neuere Erkenntnisse aus der Hochschuldidaktik müssen mit berücksichtigt werden. Das Prinzip des „Forschenden Lernen“ hat das Ziel, alle Teilnehmer in einem Projekt an der Erforschung von Fragestellungen zu beteiligen. Der Student erwirbt so die Fähigkeiten, selbstständig sein Studium zu organisieren. Die Funktion der Hochschullehrer wird künftig mehr darin bestehen, eine Beratungsfunktion für die Projekte einzunehmen.

Die Fachschaft Geographie betrachtet die Projektstudienwoche als einen Versuch, Alternativen zu dem überall unbefriedigenden Zustand des Studiums aufzustellen. (Das gilt besonders für die Lehrerausbildung, die katastrophaler nicht sein kann). Die Realisierung dieser Alternativen ist angesichts der reformfeindlichen Hochschulpolitik des nordrhein-westfälischen Ministers für Wissenschaft und Forschung recht schwierig. Es bleibt zu hoffen, daß das Land Alternativen von studentischer Seite aufgreift und das Geschwätz von der Hochschulreform, die keine ist, beendet. Es müßte endlich eingesehen werden, daß jede Hochschulreform bei der Analyse der Lerninhalte und deren Begründungen zu suchen ist.

Fachschaft Geographie

Hoher Schnee

liegt zur Zeit in den Dolomiten. Nach dem letzten Schneebericht in Andalo 50 bis 120 cm, Canazei 35 bis 140 cm, Fai della Paganella 40 bis 100 cm, Moena 40 bis 130 cm, Pellegrino-Paß 130 cm.

Diese und weitere Orte mit sicherer Schneelage können Sie noch bei uns buchen.

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennershofstraße 66

Baracke 9 (hinter der alten Mensa)

Telefon 71 39 80 und 70 14 57

Mathematiker-AV

Die AV zeigte auf der letzten Sitzung am 24. 11. 71 ein Lehrstück: exzessives formaldemokratisches Bewußtsein, demonstriert in einer bisher einmaligen Flut sich gegenseitig in den Schatten stellender, inhaltlich brillanter GO- und sonstiger Anträge. Hier ein protokollarischer Ablauf der letzten Minuten dieser erregenden Sitzung.

Antrag Ewald: Die AV setzt eine Satzungskommission ein, auf der Grundlage der Ergebnisse der informellen Satzungskommission.

Antrag Blanke: Die AV vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

GO-Antrag Kloke: Nichtbefassung. Abgelehnt!

Antrag Cazacu: Die AV setzt eine Satzungskommission ein auf Grundlage der Stellungnahme der stud. Vertreter in der AV.

GO-Antrag Blanke: Um 8 Uhr soll die Abstimmung über seinen Antrag stattfinden.

Antrag Blanke: Abgelehnt.

GO-Antrag Kloke: Namentliche Abstimmung über den Antrag Blanke.

Blanke verlangt geheime Abstimmung.

Antrag Blanke wird in geheimer Abstimmung abgelehnt.

Antrag Ewald wird abgelehnt.

Blanke gibt zu Protokoll: Ich habe nicht an der Abstimmung teilgenommen, weil ich sie für unsinnig halte.

Antrag Cazacu wird abgelehnt. Blanke gibt zu Protokoll: Ich habe nicht an der Abstimmung teilgenommen, weil ich sie für unsinnig halte.

GO-Antrag Blanke: Die nächste Sitzung der AV soll am ersten Mittwoch nach dem ersten Vollmond im Frühjahr stattfinden, der in das Sommersemester fällt.

GO-Antrag Kloke: Nichtbefassung.

Antrag Kloke wird angenommen.

Stöcker will zu Protokoll geben: Ich habe nicht an der Abstimmung teilgenommen, weil ich sie für unsinnig halte.

Antrag Klein: Nächste Sitzung in 14 Tagen.

Antrag Klein wird abgelehnt.

Antrag Coldewey: Nächste Sitzung am letzten Mittwoch im Semester.

Antrag Coldewey wird abgelehnt. Herr Blanke stellt fest, daß der erste Mittwoch nach Frühlingsvollmond der 21. April sein wird. Es erfolgt:

Antrag Blanke: Nächste Sitzung am 21. April 1972.

(Der 1. April wäre wohl angebrachter gewesen, d. Red.)

Antrag Blanke wird angenommen. Daraufhin äußert Herr Blanke Rechtsbedenken zum letzten Beschluß, weil zu einem inhaltlich gleichen Nichtbefassung beschlossen war.

Es wird offiziell festgestellt, daß sich die Nichtbefassung nicht auf das Datum, sondern auf den Vollmond bezog.

Schluß der Sitzung.

Papalekas und Rektorat

Die großen Schweiger

Bis heute noch nicht hat Herr J. Chr. Papalekas es für nötig empfunden, auf den offenen Brief des FR-SoWi vom 7. 12. 71 zu antworten, der in einer Auflage von 2000 Exemplaren auf Gesamt-Uni-Ebene verteilt und geklebt worden war. In dem Brief war Papalekas aufgefordert worden, seine Dissertation und Habilschrift der Studentenschaft zugänglich zu machen.

Zum Teil sehr ausführlich hatten die „Westfälische Rundschau“, die „Ruhr-Nachrichten“ und die „WAZ“ den Fall Papalekas aufgegriffen und über die Nachforschungen des FR-SoWi berichtet.

Am 13. 12. 71 richtete der FR an den Rektor der RUB einen Brief, in welchem der Rektor darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Universität verpflichtet ist, den Studenten wissenschaftliche Arbeiten der Lehrenden zugänglich zu machen, in diesem Fall eben die Arbeiten des Herrn Papalekas, zumal weder seine Dissertation noch eine Habilschrift von ihm in einem Hochschulschriftenverzeichnis aufgeführt sind und Herr Papalekas jegliche Stellungnahme in dieser

Frage verweigert.

Aber im Rektorat ist man offensichtlich der deutschen Sprache nicht kundig.

Obwohl über dem Brief des FR-SoWi an den Rektor breit und deutlich steht:

„Betr.: Zugänglichmachung wiss. Arbeiten. hier: des Herrn J. Chr. Papalekas“ und in dem Brief ganz klar geschrieben steht, daß es sich um die Einsichtnahme der Schriften handelt, antwortete der Rektor in einem kurzen Brief an den FR, in dem lediglich Titel der Dissertation und Habilitation mit Jahresangabe mitgeteilt werden, die dem FR-SoWi ohnehin (zwar z. T. nur gerüchtweise) bekannt waren.

Die wichtige Frage, wo sich diese Schriften befinden, wo sie einsehbar sind und die ausdrückliche Bitte um Zugänglichmachung der Schriften blieben einfach unbeantwortet.

Tatsache ist also, daß Papalekas nicht willens bzw. instande ist, seine umstrittenen Arbeiten auf den Tisch zu legen, vielleicht weil sie wahrscheinlich so braun sind, daß sie selbst mit dem „Weißen Riesen“ nicht gebleicht werden können. Und das Rektorat zieht es vor, sich aus der Affäre zu ziehen.

Auf jeden Fall hat es Papalekas anscheinend ausgezeichnet verstanden, alle Spuren zu verwischen, die zu einer näheren Information über seine Person führen, bzw. darüber Aufschluß geben, was mit seinen umstrittenen Schriften los ist.

Wie der „Wohlfahrtsausschuß“, der schon viele geheime Akten der Studentenschaft zugänglich machte (siehe Fall Landwehrmann) dem FR-SoWi mitteilen ließ, ist die Personalakte von Papalekas, die sich auch in den Dekanatsakten der Abt. VIII befinden sollte, spurlos verschwunden, wahrscheinlich in der Zeit, als Papalekas selbst Dekan war.

Warum sind die Schriften von Papalekas in keinem Hochschulschriftenverzeichnis aufgeführt und warum gibt es die Dissertation und Habilschrift selbst in Innsbruck nicht, wo er doch angeblich promoviert und habilitiert hat und wo mindestens je ein Exemplar seiner Schriften in der Uni-Bibliothek Innsbruck liegen müßte.

Wenn Papalekas und auch das Rektorat sich weigern, die Schriften zugänglich zu machen, muß es eine Bewandnis mit diesen Arbeiten haben. Der Goebbel-Stipendiat Papalekas, der im national-sozialistischen Deutschen Gymnasium in Athen Abitur machte, hat angeblich am 9. 11. 1946 in Innsbruck über „Das Problem der politischen Massenparteien“ promoviert.

Es gab aber im 1000jährigen Reich, welches Papalekas bewunderte, und dessen Machthaber ihm seine Studien finanzierten nur eine „Massenpartei“ — die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

Die Studentenschaft läßt sich weder von Herrn Papalekas noch vom Rektor länger für dumm verkaufen. Jetzt, wo die Titel der Arbeiten offiziell bestätigt sind, wird der FR-SoWi nicht eher ruhen, bis diese Schriften der Studentenschaft zur Einsicht vorliegen.

Papalekas soll hingehen, wo die Fasces wachsen — nach Griechenland!

Kopf oder Adler

oder wie wählt man einen Dekan in der Abteilung Elektrotechnik

Seit einiger Zeit wird in der Uni gemunkelt, in der Abt. Elektrotechnik würde der Dekan nach „ganz neuen demokratischen Regeln“ bestimmt, nämlich durch Werfen einer Münze. Die BSZ ging diesem Gerücht auf den Grund, um eventuell zu verhindern, daß etwas Falsches über die Abt. X verbreitet wird. Die Recherchen ergaben jedoch, daß an dem Gemunkel etwas Wahres dran ist.

Am 1. 12. 1971 fand in der Abt. X eine Fakultätssitzung statt, auf der endlich ein neuer Dekan gewählt werden sollte. Wie ja aus der BSZ vom 18. 11. 71 („Die heile Welt der Abt. Elektrotechnik“) bekannt ist, nehmen die Assistenten sowie die Studentenvertreter wegen erheblicher Bedenken gegen die sogenannte „Innere Fakultät“ zur Zeit nicht an den Fakultätssitzungen teil und entsenden nur Beobachter. Die Sitzungen sind daher immer beschlußunfähig. Am 1. 12. 71 erklärte man sich für beschlußfähig.

Nachdem Herr Schneider wegen seines Rücktritts („Ich will nicht nur von den Hochschullehrern gewählter Dekan sein“) von seinen Kollegen ziemlich angegriffen worden war, schimpfte man auch über den oben genannten BSZ-Artikel. Z. B. Herr Fettweis: Die Form der Vorwürfe in der BSZ „muß Empörung bei jedem ehrlich denkenden Menschen hervorrufen“. Nach einer kurzen Pause folgten Diskussionen, wie vielleicht die Studenten wieder in die Fakultät zu locken seien (natürlich ohne Erfüllung der Hauptforderungen). Nach vielem Hin und Her beschloß man schließlich, zur Dekanswahl zu schreiten.

„Eine eindeutige, demokratische Entscheidung: Zahl!“



Ein Zwei-DM-Stück

Jetzt war es endlich soweit, der erste Wahlgang zur Dekanswahl wurde mittels Wahlzettel durchgeführt.

Ergebnis: Herr Schneider 4 Stimmen; Herr Depenbrock 1 Stimme; Herr Neumann 1 Stimme; 2 Enthaltungen.

Herr Schneider nahm aus schon bekannten Gründen nicht an. Jetzt mußte erneut gewählt werden.

Ergebnis: Herr Neumann 1 Stimme; Herr Wenzel 1 Stimme; Herr Depenbrock 1 Stimme; 5 Enthaltungen.

Also Stimmengleichheit bei den 3 gewählten Kandidaten. Es wurde Stichwahl beschlossen. Da fiel jemandem ein, daß eine Stichwahl nur bei 2 Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl möglich ist. Also neuer Wahlgang.

Ergebnis: Herr Schneider 1 Stimme; Herr Neumann 2 Stimmen; Herr Wenzel 2 Stimmen; 3 Enthaltungen.

Darauf wurde erklärt, es sei Unsinn, jemanden zu wählen, der die Wahl schon einmal abgelehnt hat. Diese Stimme müßte als Enthaltung gezählt werden. Dabei fiel auf, daß Herr Schneider im 1. Wahlgang gar nicht die erforderliche absolute Mehrheit hatte: 4:2:2. Um den Schwierigkeiten zu entgehen, einen 2. Wahlgang in der 1. Wahlhandlung nachträglich unterzubringen, wurde nun beschlossen, die Enthaltungen nicht zu zählen, damit Herr Schneider im 1. Wahlgang doch die absolute Mehrheit hatte.

Doch jetzt wurde die Dekanswahl erst richtig spannend.

Herr Neumann und Herr Wenzel hatten jeweils 2 Stimmen erhalten. Nun sollte das Los entscheiden. Zwei Zettel werden vorbereitet und dann einer davon gezogen. Wenzel stand darauf. Herr Wenzel lehnt jedoch aus (berechtigten) Gründen der Arbeitsüberlastung ab.

Der besonders findige Herr Haberey wollte nun gerne wissen, wer eigentlich auf dem zweiten Zettel stand. Und siehe da, man staunte nicht schlecht, auf diesem stand ebenfalls Wenzel.

Aus der Einsicht, den Schwierigkeiten nicht gewachsen zu sein, die beim Schreiben zweier verschiedener Namen auf zwei Zettel leicht entstehen können, beschloß man, eine Münze zu werfen.

Ein 2-DM-Stück erschien besonders geeignet, sicherlich weil es auf der einen Seite den Physiker Planck zeigt. Herr Wenzel, als der ältere der beiden Kandidaten, erhielt das Vorrecht, dem Kopf des Physikers zugeordnet zu werden.

Studentische Literatur

KUNST
&
BÜCHER
SCHEUNE

Bochum, Lennerhofstraße 156
hinter der alten Mensa

Clouds
of high
Enjoyment

WELLAUER'S
ENGLISH BLEND
Pipe Tobacco

With Latakia,
Perique, and Cavendish

Herr Neumann mußte sich mit dem Adler begnügen.

Jetzt Wurf — und: „Adler“. Herr Neumann lehnte ab. Auf eine Frage, wie lange diese Wahl noch dauern sollte, erklärte schließlich Herr Depenbrock sinngemäß: „Es wird so lange gewählt, bis entweder alle Nein gesagt haben oder alle weiße Zettel abgeben würden. Aber einige Herren scheinen das nicht zu begreifen.“

Der Münzwurf hatte sich also auch nicht bewährt, also folgte wieder eine Wahl mit Zetteln.

Ergebnis: Wenzel 1 Stimme; 7 Enthaltungen.

Also noch eine Wahl! Neues Ergebnis: 8 Enthaltungen.

An dieser Stelle lautet das offizielle Protokoll: „Die Möglichkeiten zur Wahl des Dekans in der Abteilung für Elektrotechnik waren damit erschöpft.“



Freiheit der Wissenschaft

Dem FR-SoWi wurde vom Wohlfahrtsamt eine geheime Haushaltstabelle zugeleitet. Danach erhält an verfügbaren Mitteln der linksliberale Jaeggi, dessen Lehrveranstaltungen von über 1000 Studenten besucht werden, für 1970: 8598 DM, für 1971: 4185 DM, dagegen an der gleichen Abteilung der braune Papalekas (ist der überhaupt Prof?), dessen Lehrveranstaltungen sich intimer Leere erfreuen, für 1970: 21542 DM, für 1971: 21008 DM.

Finanzterror

HILFE BEIM STUDIENBÜRO

Widersprüche bewußt machen!

Zum Selbstverständnis der psychologischen Praxis im Studienbüro

Das Selbstverständnis von Arbeit besteht in dem Wissen, welche Funktion diese Arbeit erfüllt. D. h. die Arbeit kann noch nicht als verstanden gelten, wenn man sie technisch-methodisch beherrscht, sondern es muß auch bewußt sein, was sie für einen Zweck an der Universität oder in weiteren Organisationszusammenhängen erfüllt oder erfüllen soll. Allgemein und „wertfrei“ gesprochen, soll die Arbeit eines Psychologen dazu dienen, den gebrochenen Lebensvollzug eines Hilfesuchenden wiederherzustellen — das Verhalten soll stabilisiert und effektiviert werden.

- Wer nicht arbeiten kann, soll wieder lernen, regelmäßig wieder Aufgaben zu erfüllen.
- Wer im Zwiespalt ist zwischen seinen Interessen und dem Fach, das er studiert, soll ein neues Studienfach finden, das sich mit seinen Interessen deckt.
- Wer keine zufriedenstellenden Beziehungen zu anderen Menschen herstellen oder aufrechterhalten kann, soll das Notwendige dazu lernen und erfahren.

Würde die „Sorge um das lebensfähige Befinden des Einzelwesens“ von den Psychologen des Studienbüros (SB) losgelöst von der Frage verstanden, wofür und für wen die stabilisierende Arbeit erfolgt, so könnte man mit Recht behaupten, das SB sei eine reine „Anpassungs-Einrichtung“, die das gestörte Einzelwesen „aufbereitet“ und als brauchbares Funktionsglied an das System zurückgibt.

Wenn ich nun behaupte, daß wir uns nicht bzw. nicht in der Hauptsache als Anpassungs-Einrichtung verstehen, so muß ich die Frage beantworten, was uns in Widerspruch bringt zu dieser objektiv uns zugesprochenen Normalfunktion und wie der Widerspruch sich praktisch auswirkt.

Der Widerspruch zum objektiv geforderten Anpasser-Selbstverständnis ergibt sich aus einer Ordnung von Motiven, die beim einzelnen Mitarbeiter unterschiedlich gestaltet ist. Diese Ordnung umfaßt in der Hauptsache folgende Bestandteile:

1. Berufsethische Verpflichtung

Die berufsethische Verpflichtung gegenüber dem Einzelwesen, wie sie idealistisch und vage in den Richtlinien des Psychologen-Berufsverbandes formuliert ist, stellt das erste Bestandteil dar.

Im „Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft“ wird es dem Psychologen moralisch anempfohlen, dem Individuum Schutz vor den Anforderungen der Gesellschaft zu bieten. Es ist ihm gewissermaßen erlaubt, einen in den Erziehungsmechanismen, Normen und Sanktionen der Gesellschaft unbefruchteten Freiraum bereitzustellen — damit das Individuum nach einer „Erholungsphase“ in die Gesellschaft mit ihren „rauen Forderungen“ einsatzfähig zurückgeführt werden kann.

2. Soziologische Empirie

Die sozialpsychologische und die soziologische Empirie liefert ein herkömmlich-wissenschaftliches Bestandsstück: Die Lehre von der sozialen Bedingtheit individuellen Verhaltens. Alles, was das Individuum tut, hat es gelernt, d. h. es ist von anderen Menschen und deren Organisationen in irgend-einer Form beeinflusst worden, so daß es mit der Zeit ein persönliches Arsenal von bestimmten Verhaltensweisen entwickelt hat.

Dies gilt ebenso für gestörtes Verhalten — es fällt nicht vom Himmel, es wächst auch nicht wie ein Tumor im Gehirn heran, sondern es wird in der Hauptsache durch besondere soziale Bedingungen erzeugt.

Diese Erkenntnisse verwendet der Psychologe herkömmlicherweise methodisch so, daß er im Freiraum der Psychologie-Institutionen soziale „settings“ organisiert oder anregt, die den Hilfesuchenden bewußtseinsmäßig und praktisch in die Lage versetzt, mit seinem subjektiven Leid „fertig“ zu werden.

Das bedeutet, daß es innerhalb eines vorgegebenen Konfliktsystems („die rauhe Gesellschaft“) Schwierigkeiten zu vermeiden lernt und daß er Unvermeidliches so verarbeitet, wie der ungebrochene Lebensvollzug das erfordert.

Der Psychologe ist nun weder dazu angehalten, noch steht es ihm aus seiner „Fachkompetenz“ zu,

über die Relativität, Veränderung und Neubestimmung von „Unvermeidbarkeiten“ nachzudenken oder gar aktiv einzugreifen.

Diese Enthaltsamkeit im gesellschaftsbezogenen Denken und Handeln kann er allerdings nur leisten, wenn er a) den Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft unhistorisch als tatsächlich unveränderlich — also ontologisch — begreift oder und b) die reine Fachkompetenz als absolute Verantwortungsgrenze anerkennt.

Beratungsstelle dieses fortschrittlichen Wissens in ihr Selbstverständnis eingehen lassen, so ist zu fragen, wie das nunmehr kritische Selbstverständnis in der Praxis zu verwirklichen ist. Ich antworte darauf zunächst mit dem, was kritische Berufspraxis des beratenden und behandelnden Psychologen im Studienbüro nicht ist.

● Sie ist kein politisches Handeln, wenn man darunter Agitation und Aktivierung von Personen in Richtung auf eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft versteht. Und sie ist schon gar nicht politi-

4. Positive Bestimmungen des kritischen Selbstverständnisses und der Berufspraxis im SB.

Z. Z. sind im Studienbüro einige konkrete Thesen zum Selbstverständnis in der Diskussion. Sie werden in absehbarer Zeit der universitären Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Die allgemeinen Zielvorstellungen unserer Arbeit sind:

● Milderung des subjektiven seelischen Leidens und Herstellung eines



Parklöhner neben Betonklötzen, Aneinandervorbeilaufen der Studentenmassen, gutes Essen nur im Privilegierten-Mensarestaurant ... trotzdem gibt es an der RUB auch noch glückliche Studenten — dank Studienbüro?

Je weniger er mit diesen Vorgaben übereinstimmt, um so konsequenter gelangt er von den herkömmlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgehend zum wesentlichen Bestandteil seines Widerspruchs zu der ihm offiziell zugeordneten Funktion:

3. Das Wissen um die Notwendigkeit und Möglichkeit, das Konfliktsystem „rauhe Gesellschaft“ qualitativ zu verändern.

Wenn es offensichtlich wird, daß die Erziehungsmechanismen, Normen, Sanktionen und die Organisationsformen der gegebenen Gesellschaft massenhaft Leid erzeugen, dann erfordert die berufsethische Verantwortung für das Einzelwesen, daß die Gesellschaft selbst kritisiert und vor allen Dingen verändert werden muß.

Es wäre Sysiphosarbeit, wenn man nur Arrangements trafe, die es dem einzelnen ermöglichen sollen, für kurze Dauer mit dem nun einmal vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen recht und schlecht auszukommen. Oder anders gesagt: Es wäre Schildbürgerlei, Einzelwesen zu stabilisieren, damit sie selbst ein System aufrechtzuerhalten in der Lage sind, das erneut massenhaft Leid erzeugt.

Wenn ich davon ausgehe, daß Mitarbeiter einer psychologischen

schon Handelns im Sinne organisierter politischer Auseinandersetzung. ● Kritische Berufspraxis zielt nicht von vornherein auf solidarisches Handeln von Therapeuten und Klienten des SB gegen bestimmte Mißstände des universitären und gesellschaftlichen Systems.

In ad-hoc zu prüfenden Fällen kann Solidarität zwischen Therapeuten und Klienten sich entwickeln. Jedoch bilden das SB und seine Mitarbeiter nur den Ermöglichungshintergrund für kritische Aktionen von Klienten. Die Therapeuten sind Katalysatoren solcher eventueller Prozesse, an denen sie jedoch nicht in ihrer Funktion als SB-Mitarbeiter aktiv oder gar leitend teilnehmen.

● Die so verstandene kritische Berufspraxis zielt auch nicht auf gesellschaftspolitische Aufklärung in dem Sinne, daß für jeden Einzelfall das therapeutische Erfolgskriterium in der Entwicklung eines systemkritischen Bewußtseins geltend gemacht wird.

Es ist zwar grundsätzlich nicht auszuschließen, daß bei jeder Therapie weltanschauliche Maxime des Therapeuten steuernd wirken, aber es wird streng vermieden, weltanschauliche Maxime eines Klienten als solche zu problematisieren.

Dies gilt auch dann, wenn die Therapie in solchen Fällen nur mit sehr eingegrenzter Perspektive durchgeführt werden kann. Oder anders gesagt: Die Bewußtseinsbildung im therapeutischen Prozeß kann nur soweit gehen, wie die besonderen objektiven Interessen eines konkreten Individuums das erlauben. Entsprechend verbindlich und unaufhebbar sind dann seine Einstellungen, die er in die Therapie einbringt.

Das bedeutet, daß der fortschrittlich orientierte und motivierte Mitarbeiter u. U. mit einem Arbeitsergebnis zufrieden sein muß, das seinem Wissen vom historisch gemessenen Bewußtsein widerspricht. Diese Einschränkung ist nicht etwa moralischer Natur, sondern sie ergibt sich aus der realistischen Überlegung, daß eine kämpferische Konfrontation mit dem Klienten nicht eingehen kann — darauf liefe es jedoch hinaus, wenn er gegen unabdingbare Einstellungen antherapiert werden wollte.

Zudem ist er gezwungen, den Zeitaufwand zu berücksichtigen, den es erfordert würde, Grundverständnisse gegen objektiv-radikale Bewußtseinsänderungen zu überwinden.

geordneten Lebensvollzuges unter besonderer Berücksichtigung der gesellschaftlichen Widersprüche, die der freien Entfaltung des Einzelwesens teils nur organisiert überwindbare Grenzen setzen.

● Der Arbeitsschwerpunkt liegt — auf den gesamten Lebensprozeß bezogen — in einer bewußtseinsbildenden, aufklärerischen Tätigkeit. Der einzelne soll aus der Unbewußtheit über seine Lebensursachen herausgeführt werden und fähig werden zum richtigen Erkennen der materiellen Wirklichkeit, in der er lebt und handelt.

● Die soziale und die Arbeitstätigkeit unter den im therapeutischen Prozeß gewonnenen Erkenntnissen wird ermöglicht, angeregt und gefördert.

Die therapeutische Kontrolle über zu ändernde Fehlhandlungen ist dabei intensiver als die über umfassendere Tätigkeitsbereiche. In der Tendenz wird eine Kontrolle der Tätigkeit in allen Lebensbereichen angestrebt, da Störungen eines speziellen Lebensbereiches mehr oder weniger Störungen in anderen Bereichen bedingen.

● Es werden wissenschaftlich begründete Methoden der therapeutischen Kommunikation im Gruppenverband und einzeln eingesetzt. Sozial organisiert und individuelles Handeln wird mit besonderen Trainingsmethoden eingeübt. Jürgen Burmeister, SB

Ausgebucht ...

z. T. auf Monate hinaus, beeinträchtigt durch Raum- und Personalmangel (nicht bewilligte Planstellen) ... so sieht die Praxis des Studienbüros leider noch aus. Die Wartelisten betragen im einzelnen:

- berufliche Eignungsuntersuchungen finden sofort statt
- Kurse für Studientechnik beginnen jedes Semester
- bei persönlichen Problemen findet das Erstgespräch sofort statt, Gruppen können dann ziemlich bald gebildet werden, während die Warteliste für Einzeltherapie für ein gutes halbes Jahr reicht.

Beim 2. Studienanfänger-teach-in des Studienbüros bildete sich eine Studienanfängergruppe, die sich dienstags und donnerstags um 13 Uhr im Aufenthaltsraum hinter der Bierklausur in der neuen Mensa trifft.

Verantwortlich für diese Seite und Fotos: Erich Eisel — SHB

Hoffnung Studientechniken

Es ist anzunehmen, daß fast jeder Student so seine Erfahrungen mit Studienschwierigkeiten, in welcher Form auch immer, gemacht hat. Man hört von „Studientechniken“, und der Gedanke an eine Art „Trimm-dich-Kurs“ oder „Managertraining“ mag auftauchen oder vielleicht der Glaube an eine bisher verborgene „Superman-Kraft“ gegen Bedrängnis in Studienalltag und Prüfungskrisen.

Wie aber sehen diese Studienschwierigkeiten meistens aus?

Für die meisten Studenten bedeutet der Anfang an der Uni eine recht radikale Veränderung. Es wimmelt von Unklarheiten: Eignung, Interessenrichtung, Berufsmöglichkeiten, Wohnung, Geld, Kontakte, Freizeitspielräume in der Familie, an der Uni, in der Gesellschaft. Nur eines ist klar: Die Studienordnungen in Plänen und Prüfungsordnungen müssen erfüllt werden, ohne „Zeugnis“ bekommt man kaum Arbeitslosenunterstützung. Da diese Studienordnungen in den seltensten Fällen die tatsächliche Ausgangssituation der Studenten berücksichtigen, stellen sie für viele Studenten gewissermaßen ein „Zielkorsett“ dar. Es geht vor allem darum, was man soll, weniger darum, was man will und kann. Die Gefahr entfremdeter Arbeit liegt nahe, und daraus müssen Studienschwierigkeiten entstehen.

Problematisch sind zwei Arten, auf Unklarheiten und „Zielkorsett“ zu reagieren:

1. Man verliert das Interesse, hat keine Lust mehr zum Arbeiten, leistet „passiven Widerstand“, solange man ihn sich leisten kann bzw. steht eines Tages unausweichlich vor der Notwendigkeit, auch ohne Lust zu arbeiten.

2. Man unterwirft sich bedingungslos am ehesten bei Totalplänen von 30–40 Wochenstunden, wobei ein entsprechendes Quantum an Heimarbeit sich von selbst versteht.

Beides ist ein Ausweichen. Man stellt sich den Zielkonflikten nicht, die ja auftauchen müssen, wenn eigene Motivierungen mit von außen gesetzten Zielen konfrontiert werden.

Wenn dann nach Studientechniken gefragt wird, kann der erste Schritt noch gar nicht so „technisch“ sein. Psychologen können zwar Hilfestellung leisten, aber im wesentlichen muß der erste Schritt von jedem Studenten selbst gemacht werden: Es geht zunächst darum, sich der eigenen Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, zum aktiven Eingreifen in gesellschaftliche Pro-

zesse bewußt zu werden. Dies nützt natürlich nichts ohne die tatsächliche Aktion. Je aktiver man in allen möglichen Gruppen mitwirkt, verschiedenste Meinungen kennenlernen, desto mehr Informationen erhält man.

Auf die beiden angeführten problematischen Studentengruppen angewandt würde das bedeuten: Die ersten brähten es fertig, ihre Arbeitslust wieder an den eigenen Zukunftsplänen aufzuhängen und die Studienordnungen im Hinblick darauf als notwendiges Übel in Kauf zu nehmen. Die zweiten würden vielleicht den Mut finden, ihrem dumpfen Gefühl, daß das Leben nicht so einseitig gemeint sein könne, offen Ausdruck zu verschaffen, d. h. die strengen Institutsnormen allmählich anzuknacken, um wieder zu Menschen mit mehr als dem Bedürfnis nach Arbeit zu werden.

Je weiter ein Student in diesem Prozeß gekommen ist, d. h. je klarer er seine eigenen Ziele vor sich sieht, desto effektiver können ihm dann Studientechniken im engeren Sinne zugutekommen. Bei entsprechender Anleitung und nach einiger Übung wird er imstande sein, die vor allem von den Ergebnissen der Lern- und Gedächtnispsychologie aus entwickelten Methoden unmittelbar in die Praxis umzusetzen.

Es muß jedoch betont werden, daß es wenig Sinn hat, diese Techniken rezeptartig aus Büchern etc. zu übernehmen, da effektives Lernen Eigenaktivität unter psychologischer Überwachung, d. h. mit entsprechender Rückmeldung und Beratung voraussetzt. In „Studientechnikkursen“ im Studienbüro versuchen wir, diese Anleitung zu geben und durch kontinuierliche gegenseitige Rückmeldung in der Gruppe über die Erfahrungen des einzelnen mit der neuen Technik eine Möglichkeit der Selbstkontrolle des Erfolges zu geben.

Damit kann der Studierende seine Energie zunehmend ökonomischer auf die notwendige Studientätigkeit verteilen, so daß der Freiraum für persönliche und gesellschaftliche Zielsetzungen erweitert wird. Erika Triller, Studienbüro

Ablauf und Koordination der Arbeit

Der Ratsuchende kommt zunächst ins Sekretariat. Die Sekretärin fragt ihn nach seinem Anliegen und ob er lieber mit einem Berufsberater oder mit einem Psychologen sprechen möchte. Sie gibt ihm einen Termin bei Berufsberater oder Psychologe. Da alle Psychologen zwei feste Erstgesprächstermine pro Woche haben, braucht der Klient in der Regel nicht länger als eine Woche auf ein Erstgespräch zu warten. Die Termine beim Berufsberater sind allerdings in den Stoßzeiten oft für einen ganzen Monat ausgebucht.

Viele Studenten (Durchschnittlich etwa 70 pro Monat) kommen aber auch mit Fragen, für die wir nicht zuständig sind. Diesen Studenten können wir nur zum Teil Auskunft geben, die meisten müssen wir weiterleiten. Vorteile sehen wir darin, daß gehemmte Studenten eine so neutrale Bezeichnung zu schätzen wissen; denn das Aufsuchen psychologischer Betreuung ist offenbar auch an der Universität sozial nach längst nicht gebilligt.

Der Klient, der direkt zur Berufsberatung geht, kann entweder in ein oder zwei Sitzungen beraten sein, oder der Berufsberater schlägt ein Gespräch mit einem Psychologen vor (etwa bei vorwiegend persönlichkeitsbedingten Entscheidungsschwierigkeiten) oder eine Eignungsuntersuchung.

Häufiger wird den Klienten zu einer Eignungsuntersuchung vom Psychologen auf Grund des Erstgesprächs geraten. Das Erstgespräch soll ein Bild über Art und Schwere des Problems geben; wir haben dafür zwei Erstgesprächsteilnahmen (einen für Studienschwierigkeiten, einen für persönliche Schwierigkeiten) ausgearbeitet.

Die Eignungsuntersuchungen finden einmal wöchentlich als Gruppentest statt. In zwei Sitzungen werden zwei Intelligenztests und ein Persönlichkeitstest als Gruppentest durchgeführt. In Einzelfällen werden weitere diagnostische Verfahren hinzugezogen.

Wir sind aber bei der Interpretation der Testresultate sehr vorsichtig und ziehen sie lediglich als Entscheidungshilfe heran. Entscheidungen können dem Klienten nicht abgenommen werden; wir können den Klienten aber in nicht-direktiven Gesprächen helfen, ihren eigenen Standort zu finden. Die Kurzberatung beinhaltet daher oft Gespräche zur Entscheidungsfindung in Studien- und Berufsfragen, aber auch persönlichkeitszentrierte Probleme.

In der Mitarbeiterkonferenz wird die Eignungsuntersuchung koordiniert.

Die Gruppe wird zusammengestellt, Berater und Beratertermin festgelegt, es wird bei dringenden Therapieklängen entschieden, ob eine Sofort-Therapie angezeigt ist; die übrigen Klienten werden auf die Warteliste gesetzt oder auch oft direkt in einer Klientengruppe untergebracht. Zum Teil gibt es auch für die Gruppen Wartelisten. Zum anderen kann sich die Notwendigkeit, etwa an eine Studientechnik-Gruppe teilzunehmen, auch erst im Laufe der Einzeltherapie ergeben. Die Klienten auf der Warteliste werden in drei Dringlichkeitsstufen eingeteilt; beim Abberufen von der Warteliste wird aber möglichst chronologisch vorgegangen.

Am Anfang und am Ende jeder Therapie führen wir seit einiger Zeit einen Persönlichkeitstest (FPI) zur Therapiekontrolle durch. Die Frage der Therapiekontrolle ist aber noch nicht ausdiskutiert; weitere Verfahren sollen möglicherweise hinzugenommen werden.

Die Zusammenarbeit mit Ärzten ist bei psychosomatischen Fällen oder bei borderline Fällen zur begleitenden medikamentösen Behandlung und zur Diagnosestellung oft notwendig. Bei psychosomatischen Fällen arbeiten wir mit dem Universitätsarzt, Herrn Dr. Lehner, zusammen. Kritisch wird es, wenn wir gelegentlich Klienten in stationäre psychiatrische Beobachtung und Behandlung überweisen wollen. Das Klinikum Essen darf als „Stadt-Krankenanstalt“ nur Essener Bürger aufnehmen; nur in ganz großen Ausnahmefällen und mit viel Mühe konnten wir ein paarmal Studenten der RUB dort unterbringen.

Ein weiterer kritischer Punkt in dem Kooperations-Modell ist die Zusammenarbeit mit den Studienfachberatern, die bisher nur von den Berufsberatern verwirklicht wird.

STUDIENBÜRO

Wir sind eine Einrichtung, die allen Angehörigen der Ruhr-Universität kostenlos offensteht.

Wir beraten Sie

- bei Studienschwierigkeiten und Berufsfragen

u. a. Information über Berufsbilder und Ausbildungsgänge, Entscheidungshilfe bei Eignungs- und Interessenfragen, Studientechniken

- bei persönlichen Problemen

u. a. Schwierigkeiten im mitmenschlichen Kontakt, Äußerungshemmungen, Probleme im sexuellen Bereich (homo- und heterosexuell), Abhängigkeit von Personen, eigenen Ängsten, zwanghaften Verhaltensweisen — Initiativlosigkeit

- bei Gruppenproblemen

u. a. Initiieren von Gruppen aller Art, Hilfen für Arbeits- und Wohnkollektive, Beratung bei Durchführung von Lehrveranstaltungen.

Im Flachbereich zwischen JB und JC — Ebene 04 —

Telefon 71-24 35 — Mo. bis Fr. 9–16 Uhr.



Linke Diskussion

Die BSZ ist eine politische Massenzeitung, zu deren Aufgaben es auch gehört, die Ursachen für bestimmte Phänomene, gegen die die Studentenschaft kämpft, aufzuzeigen. Wenn wir immer von Profitinteressen reden, vom Einfluß des Kapitals usw., dann muß jetzt endlich einmal geklärt werden, was das ist, Profit, Kapital, warum aufgrund einer bestimmten Produktionsweise und Gesellschaftsstruktur dieser Einfluß so stark sein muß, diese Interessen so im Vordergrund stehen müssen, warum sich dies alles auch nicht einfach durch Gesetze ändern läßt usw. Wir meinen als Sozialisten und Marxisten, daß die Misere grundlegend angelegt ist in der Kategorie Ware und ihrem bestimmenden Einfluß auf die gesamte Gesellschaftsbildung. Wir werden daher in dieser und in den nächsten Nummern versuchen, die Kategorie Ware näher zu erklären und ihre Bedeutung im gesellschaftlichen Zusammenhang aufzuzeigen.

Die Ware (Einführung)

Ware: ein gesellschaftliches Verhältnis

Marx' lebenslange Forschungen über die kapitalistische Gesellschaftsform und ihre Heranbildung gipfelten in der Erkenntnis, daß die zentrale Kategorie dieser Gesellschaftsform, die Kategorie, aus der sich alle anderen Beziehungen und Verhältnisse entwickeln und in der sie sich immer wieder neu reproduzieren, die Ware ist. Ware ist hierbei nicht ein Ding in seiner materialen Daseinsform — so sieht es meist der Konsument, weil für ihn vom Nutzen her bestimmt — sondern dieses materiale Ding ist nur Träger wie gleichsam Produkt des gesellschaftlichen Verhältnisses, in dem Ware wird.

Wie aber ist dieses gesellschaftliche Verhältnis näher zu bestimmen? Ein Ding, z. B. ein Stuhl, ist in seiner materialen, d. h. physikalischen und chemischen Daseinsweise noch keine Ware. In seiner psychikalischen Beschaffenheit ist es eine Einheit und Beziehung von vielfältigen Kräften, Aggregatzuständen usw., in seiner chemikalischen eine bestimmte Anordnung von Molekülen und Atomen. Dies aber haben alle Dinge gemein; wir aber suchen das Besondere, das uns bestimmte Dinge in der Umgangssprache schon Ware nennen und damit gegen andere Dinge abgrenzen läßt.

Wir nennen Ware all das, was getauscht wird. Tausch aber ist ein Verhalten mindestens zweier Personen zueinander, nämlich zweier Personen, von denen die eine hat, was die andere möchte, und die andere hat, was die eine möchte. Also tauschen sie das jeweils ihr eigene gegeneinander ein. Im Akt dieses Tausches wird das, was sie tauschen, zu Ware. Ein Ding ist also Ware, insofern es getauscht wird, insofern es Objekt menschlichen Tuns, menschlicher Praxis ist. 1. Ware ist also Resultat menschlicher Handlungen. 2. Das Verhalten der Tauschenden zueinander geschieht nicht direkt, sondern indirekt, vermittelt über das was getauscht wird, über Ware.

Ware also nur zu verstehen in der Beziehung zu anderen Elementen von Gesellschaft, wobei die Beziehung dieser Elemente wiederum bedingt durch Ware.



A nous la révolution!

Suche Genossin(nen) —, die es auch leid sind allein zu wohnen, die effektiv arbeiten wollen, die Männer auch gerne haben, aber bewußt und aus Erfahrung keine Panik bei der Mannsuche haben, d. h. emanzipierter sind als die meisten holden Poole — zwecks Gründung einer Wohngemeinschaft.

SUSANNE SOPPART, 463 Bochum, Overbergstraße 15

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie. Einzelpreis DM 1.20. Bezugspreis, jährlich, DM 15.—. Probenummern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

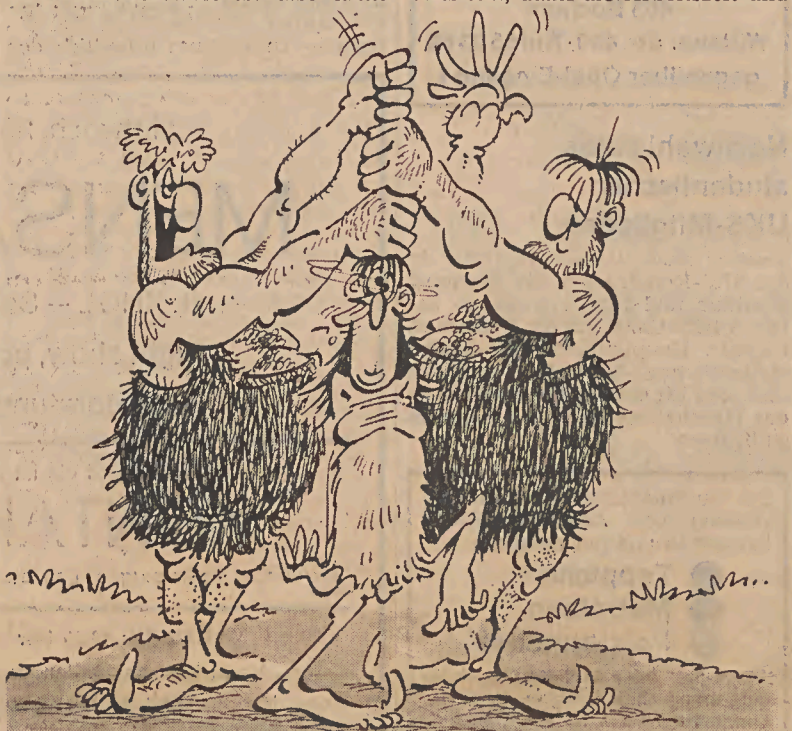
Gebrauchswert und Tauschwert

Was aber wird getauscht? Getauscht werden kann nur das, was für denjenigen, der es in seinen Besitz bringen möchte, einen bestimmten Nutzen hat, was er irgendwie gebrauchen kann für die Befriedigung irgendeiner seiner Bedürfnisse. Insofern hat also jede Ware etwas, was sie brauchbar macht, sie hat einen Gebrauchswert.

Dieser Gebrauchswert hängt ab von den Bedürfnissen und von der materialen Beschaffenheit eines Dinges, er ist unabhängig davon ob das Ding getauscht wird oder nicht. Der Gebrauchswert ist also nicht

Tauschwert beeinflusst. Denn es ist allen Waren gemein, daß sie Produkte menschlicher Arbeit sind und über die Höhe des Arbeitslohnes könnte auch der Preisunterschied zwischen einer japanischen und einer englischen Kamera erklärt werden, über die Länge der Arbeit, d. h. über ihre Dauer, über die in einer Ware vergegenständlichte Arbeitszeit, der zwischen den Kühlschränken. Aber auch in den Gebrauchswerten, die die Hausfrau produziert, ist Arbeit vergegenständlicht, trotzdem haben sie keinen Tauschwert.

Wir mußten bei den Beispielen zu Hilfe nehmen einmal den Arbeitslohn, dann die Arbeitszeit und



Vom gelegentlichen Tausch alltäglicher Gebrauchsgegenstände . . .

das Spezifische der Ware, er kann daher nicht das Wesentliche einer Ware sein. Daß etwas einen Gebrauchswert hat ist nur notwendige, nicht aber hinreichende Voraussetzung dafür, daß etwas Ware ist.

Wesentlich für die Ware ist die Tatsache, daß sie getauscht wird, getauscht gegen eine andere Ware (heute speziell: Geld). Waren werden nicht willkürlich gegeneinander ausgetauscht, sondern in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Insofern hat zunächst einmal jede Ware ein Maß, nach dem sich ihr Austauschverhältnis zu den anderen Waren bestimmt, hat sie einen Tauschwert.

Auf den ersten Blick scheint es keinen direkten Zusammenhang zwischen Tauschwert und Gebrauchswert zu geben, derart, daß sie sich gegenseitig bestimmen, denn erstens ist der Gebrauchswert nicht ein Spezifikum der Ware, er kann daher auch schwierig das spezifische Maß einer Ware, ihr Austauschverhältnis zu anderen Waren bestimmen. So erzeugt doch z. B. die Arbeit einer Hausfrau Gebrauchswerte, aber diese Gebrauchswerte werden nicht getauscht, sind damit keine Waren, obwohl sie von ihrem Nutzen her bestimmt höher einzuschätzen sind als beispielsweise Kaugummi, was immerhin einen Tauschwert, wenn auch noch so geringen, hat.

Zweitens ist der Gebrauchswert eine höchst subjektive Angelegenheit, abhängig von den Bedürfnissen des Gebrauchenden, des Konsumenten. Trotzdem müssen für gleiche Waren alle Konsumenten die gleiche Menge Geld eintauschen.

Drittens, das zeigt schon die tägliche Alltagserfahrung, kann der selbe Gebrauchswert verschiedene Tauschwerte haben. So hat ein Kühlschrank, der 12 Jahre benutzt werden kann, sicherlich den gleichen Gebrauchswert, wie drei Kühlschränke, die jeweils nach vier Jahren schon im Eimer sind, demnach ist der Tauschwert des einen Kühlschranks geringer als der der drei. Ein Fotoapparat aus England ist in der Regel teurer als ein ebenso guter Fotoapparat aus Japan.

Viertens muß das, was gegeneinander getauscht wird, irgendwie vergleichbar sein. Vergleichbar aber ist nur das, was irgendetwas, wenigstens eine Eigenschaft gemeinsam hat. Das kann aber nicht der Gebrauchswert sein, der ja eine höchst subjektive Angelegenheit ist und abhängig von der unterschiedlichen materialen Beschaffenheit der Dinge.

Die Vermutung liegt nahe, daß die in einer Ware vergegenständlichte Arbeit irgendwie den

dann erkennen, daß noch nicht einmal jedes Arbeitsprodukt einen Tauschwert hat. Wir wissen jetzt zwar, daß der Tauschwert irgendwie mit der vergegenständlichten Arbeit zusammenhängt, aber dieser Zusammenhang muß näher aufgezeigt werden. Wie aber kann dieser Zusammenhang näher aufgezeigt werden?

Wir wissen bereits, daß Ware Produkt menschlicher Praxis ist, daß Ware erscheint in einem bestimmten Verhalten von Individuen zueinander, in einem gesellschaftlichen Verhältnis und daß dieses Verhältnis wiederum bedingt ist und vermittelt durch und über die Ware. Wir wissen bereits, daß Ware ein Produkt menschlicher Arbeit ist, wir werden später sehen, daß sie eine bestimmte Art von Arbeit erzwingt.



... zum wahren Warenwahn . . . — . . . in der nächsten BSZ

Ware, Privateigentum, Produktion

Es liegen hier also Wechselwirkungsverhältnisse vor. Überall dort aber, wo Wechselwirkungen existieren, kann zwischen den wesentlichen und unwesentlichen in Wechselwirkung stehenden Elementen nur unterschieden und können damit die wesentlichen in ihrem Verhalten zu den anderen näher bestimmt werden, kann überhaupt Wechselwirkung nur festgestellt werden, wenn ich das Verhältnis der Elemente zueinander in einem bestimmten zeitlichen Ablauf verfolge; d. h. auf die Gesellschaft bezogen, wenn ich die Bedeutung der Kategorie Ware für die Bildung und Bestimmung von Gesellschaften ermitteln will, muß ich eine Geschichtsbetrachtung anstellen:

Eine solche Geschichtsbetrachtung zeigt uns sofort eines: es gab Gesellschaften, in denen es keine

Waren — in dem oben genannten Sinne — gab oder in denen sie nur eine unwesentliche Rolle spielten, d. h. Gesellschaften oder Gemeinschaften, in denen die einzelnen Individuen die Produkte ihrer Arbeit nicht gegeneinander tauschten und in denen vor allem die Produkte nicht von vornherein produziert wurden, um sie zu tauschen.

Dies traf zum Beispiel zu für Gemeinschaften auf der Stufe der Jäger und Sammler oder auch des primitiven Ackerbaus, weiter für die asiatischen, antiken und auch noch feudalen Produktionsweisen, in denen sich langsam schon die Bedingungen für eine voll entwickelte Warenproduktion andeuten.

Das Vorhandensein von Ware setzt voraus den Tausch, der Tausch aber wiederum setzt voraus bestimmte Formen von Eigentum. Dort wo Gemeineigentum vorherrscht, kann es zwischen den Mitgliedern des Gemeinwesens keinen Tausch geben, Tausch eines Dinges kann immer nur zwischen einem Eigentümer des Dinges und einem Nicht-Eigentümer erfolgen. Tausch setzt somit immer Privateigentum voraus, sei es in Form von persönlichem Eigentum im Tausch gegenüber anderen Personen oder in Form von Gemeinschaftseigentum gegenüber anderen Gemeinschaften. Das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Ware und ihre Bedeutung für die jeweilige Gesellschaft läßt sich also zurückführen auf bestimmte Formen von Eigentum.

Allein, bestimmte Formen von Eigentum existieren nicht zufällig und willkürlich, sondern sie sind selbst Resultat. Eigentum kann nur das sein, was angeeignet wurde, ist somit Resultat eines Aneignungsprozesses. Ich kann bestimmte Dinge zu meinem Eigentum machen, indem ich sie mir durch Tausch aneigne. Tausch aber setzt voraus, daß schon etwas mein Eigentum ist, was ich tauschen kann. Es ergibt sich somit die Frage: Woher nehmen wir die Dinge, die wir tauschen, unser, man könnte sagen „Anfangseigentum“ und immer wieder neu „Anfangs“eigentum, weil wir die Waren als Gebrauchswerte ja auch verbrauchen. Nun, wir stellen sie selbst her, wir produzieren sie. Wir bearbeiten die Natur und von Vorgängern schon produzierte Gegenstände und indem wir sie bearbeiten, eignen wir sie uns an, machen sie zu unserem Ausgangs-Eigentum, über das wir verfügen können. Die Gemeinschaft der Sammler und Jäger eignet sich die Kräuter des Waldes erst an, bringt sie erst dann in ihre Verfügungsgewalt — denn Eigentum an einem Ding zeigt sich in der Verfügungsgewalt über das Ding —, wenn sie sie pflückt; der Schuster des Mittelalters macht den Schuh

zu seinem Ausgangseigentum, indem er ihn aus dem Leder produziert usw. Eigentum ist also Resultat des grundlegendsten Aneignungsprozesses, der Produktion. Dort, wo keine Produkte produziert werden, kann es über kurz oder lang kein Eigentum mehr geben, weil es keine Produkte mehr gibt, weil es nichts mehr gibt, was mir eigen sein könnte. Die Produktion bildet so die Grundlage von Gesellschaft von menschlichem Sein überhaupt.

Es gilt insofern, bei unserer Geschichtsbetrachtung besonders das Verhältnis von Produktion, Eigentum und Ware zu berücksichtigen, wobei die einzelnen Gesellschaftsformen betrachtet werden unter Absehung von bestimmten, aber unwesentlichen Besonderheiten und nur die für eine Epoche typischen Merkmale herausgearbeitet werden. Harald Jung (SAG) Fortsetzung folgt!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service, Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Politische Buchhandlung

Seit dem 10. Januar 1972 gibt es in Bochum einen politischen Buchladen. In der Overbergstraße 5 haben wir den Laden eröffnet. Ziel ist es, in engem Zusammenhang mit den sozialistischen Gruppen im Ruhrgebiet eine Alternative zur profitbezogenen Politik der bürgerlichen Buchhandlungen zu schaffen.

Wir werden in unserer Buchhandlung folgende Sachgebiete führen:

- Gewerkschaftsbewegung
- Lehrlingsbewegung
- Probleme der Übergangsgesellschaft
- Internationalismus
- Frauenemanzipation
- Progressive Pädagogik
- Marxismus und Ästhetik
- Politische Ökonomie
- Klassikergesamtausgaben
- Biographien und historische Arbeiterromane
- Antiautoritäre Kinderbücher
- Politische Zeitschriften

Darüber hinaus besorgen wir jedes lieferbare Buch.

Erzielte Profite dienen nicht der Privatbereicherung, sondern werden zur Unterstützung politischer Arbeit (Schüler-, Studenten- und Lehrlingsgruppen) verwandt. Die Bilanz wird regelmäßig veröffentlicht.

Bochum, Overbergstraße 5

Leserbrief . . .

... mit der Bitte, ihn ohne Kommentar und ungekürzt in der nächsten Nummer der BSZ wiederzugeben.“ (Was hiermit geschieht.)

Ihre Politik des Umfallens erweckt keinen guten Eindruck. Feierte gestern noch der SHB-ASTA (Zimmermann) die neue RUB-Verfassung als Sieg über reaktionäre Kräfte, so stellt der SHB-ASTA von heute (mit Zimmermann-Eisel) dieselbe Verfassung als Feigenblatt am Leib des ausbeuterischen Kapitalismus dar. Verbergen Sie hinter Ihrer UP-Analyse (deren innere Widersprüche leicht aufzudecken wären) nicht Ihr Desinteresse an harter Reformarbeit?

Schade finde ich auch, daß Sie die Studenten des Kohlenkellerklubs (KKK) zu Prügelknaben erwählen. Halten Sie die Studenten, die sich bei mir im Keller treffen, für so unmündig, daß man sie als „herangezucht“ bezeichnen muß? (Übrigens weiß ich nicht recht, wer von wem im „Keller“ mehr gelernt hat: die Studenten von mir oder ich von den Studenten.) Dafür, daß Sie fort-



während Ressentiments gegen Hochschullehrer verbreiten, haben Sie in Ihrer theoretischen Konzeption kein Alibi. Sie vergiften jedoch damit die Atmosphäre an der Universität und legen Kräfte lahm, die für die Interessen der Studenten wirksam werden könnten.

Vielleicht mißfällt es Ihnen auch, daß im Kohlenkellerclub bisher nicht nur SHB-Vertreter referiert haben, sondern ebenso Spartakisten, Maoisten und Trotzkisten. Wenn eine Gruppe von Studenten bestehende Theorien vergleicht und kritisch hinterfragt, so sollten Sie zunächst einmal hinhören, ehe Sie sich mit Klischees dagegen wehren.

Im übrigen: auf baldiges Wiedersehen im Kohlenkeller!

Mit freundlichen Grüßen
Prof. G. Ewald

STUDIENKREIS FILM

PROGRAMM

Donnerstag, 13. Januar
FOURTY SECOND STREET
von Lloyd Bacon/Busby Berkeley mit Ginger Rogers, Ruby Keeler, Dick Powell. Die Geschichte „Wir machen eine Show“ ist seither vielleicht hundertmal kopiert worden, aber niemals wurde die Bühnenatmosphäre wieder mit soviel Ehrlichkeit und Glück eingefangen.

Mittwoch, 19. Januar
NICHT DER HOMOSEXUELLE IST PERVERS, SONDERN DIE SITUATION, IN DER ER LEBT, von Rosa von Praunheim
BRD 1971
In Zusammenarbeit mit der HAG
„Der Film ist zweifellos für Engagierte eine immense Provokation, also richtig, nützlich, notwendig.“ Süddeutsche Zeitung

Donnerstag, 20. Januar: Nur 18.00 Uhr
SWINGTIME
von George Stevens / Fred Astaire, mit Ginger Rogers, Fred Astaire

Donnerstag, 20. Januar: Nur 20.30 Uhr
CAREFREE
von Mark Sandrich / Fred Astaire, mit Ginger Rogers, Fred Astaire
Wo Astaire geht und steht, da juckt es ihm in den Beinen. Die Welt ist für ihn eine einzige Shownummer, der Boden der Realität der Tanzboden. — Der Tanz ist seine ursprünglichste, problemloseste Ausdrucksweise.

Mittwoch, 26. Januar
DER WÜRGEENGEL, von Luis Bunuel
Mexiko 1962
Leute der guten Gesellschaft können nach einem opulenten Dinner nicht mehr weg. Nach Tagen des „Eingesperrt-Seins“, in denen die gute Erziehung abblättert, kommen sie wieder heraus.

Donnerstag, 27. Januar
VORWIEGEND HEITER
von Stanley Donen/Gene Kelly, mit Gene Kelly, Dan Dailly, Cyd Charisse
IN IT'S ALWAYS FAIR WEATHER erfüllt das Musical seine schönsten Möglichkeiten. Es kommt der Wirklichkeit nahe und triumphiert gleichzeitig über sie.

ZU DEN MUSICAL COMEDIES:
„Matrimony is balony. She'll be wanting alimony. In a year or so; Still they go and shuffle, shuffle off to Buffalo!“
(Song: Dick Powell und Ruby Keeler in FOURTY SECOND STREET).

Unitar-Studentenumfrage Schnüffelei bei Ausländern

Die wachsende Bedeutung der Wissenschaft für den kapitalistischen Produktionsprozeß bedeutet, daß die Machthaber diesen Bereich immer stärker in den Griff zu bekommen suchen, um schließlich sämtliche Strömungen, die den Interessen des Kapitals zuwiderlaufen, abzublocken und schon im Keim zu ersticken.

Das schlägt sich nicht nur in den Formierungsmaßnahmen im Ausbildungsbereich der BRD nieder, sondern kommt verstärkt auch in der Strategie der wichtigsten imperialistischen Staaten in Bezug auf die „Entwicklungsländer“ zum Ausdruck, die in den weltweiten Kapitalisierungsprozeß einbezogen werden. Unter dem Deckmantel der „Partnerschaft“ werden „moderne“ imperialistische Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen, die dazu dienen, in diesen Ländern praktikable sozialistische Alternativen zu verhindern.

Auf diesem Hintergrund erfolgen die großen Anstrengungen, auf die künftigen Eliten der 3. Welt Einfluß zu nehmen und sie zu fungiblen Herrschaftsinstrumenten des Imperialismus zu machen. Nicht umsonst investieren deshalb die Industrieländer in die ihrer Meinung nach „bewußtseinsbildenden“ Klassen sehr viel. Gezielte Bildungs-„hilfe“ hat demnach die Aufgabe, einerseits für die Industrie notwendige technische Kenntnisse zu vermitteln und andererseits die in den politischen und wirtschaftlichen Institutionen an entscheidender Stelle sitzenden Schlüsselgruppen gemäß der bürgerlichen Ideologie zu indoktrinieren.

Wie weit der Prozeß der Disziplinierung der ausländischen Studenten aus den unterentwickelten gehaltenen Ländern in der BRD schon fortgeschritten ist, zeigen einmal die Ausländergesetze, nach denen jegliche politische Betätigung, die nicht im Sinne des Kapitals liegt, verboten ist und eine Ausweisung zur Konsequenz haben kann, zum andern die Praktiken der Verfassungsschutz-Abteilung für Ausländer, der ausländischen Geheimdienste und der Ausländerpolizei, die sich in der Überwachung der ausländischen Praktikanten, Studenten und Intellektuellen gegenseitig

ge Unterstützung zukommen lassen. Um die ohnehin schon umfassende Kontrolle der künftigen Führungskräfte noch zu effektivieren, kommt es nicht selten zu einer Kollaboration der imperialistischen Länder mit den reaktionären völkseindlichen Oberklassen der Entwicklungsländer zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und zur Unterdrückung revolutionärer Entwicklungen.

In diesem Zusammenhang der imperialistischen Strategie bezüglich der Wissenschafts- und Bildungsplanung nach den Bedürfnissen kapitalistischer Verwertung steht die derzeit letzte Schnüffelumfrage unter ausländischen Studenten in der BRD die Unitar-Umfrage „Studium und Beruf“, die seit Ende 1970 von dem UNO-Forschungsinstitut Unitar in den wichtigsten imperialistischen Ländern durchgeführt wird (Kanada, USA, Frankreich, Großbritannien). Anstoß für diese Studie soll die „Einsicht der Entwicklungsländer in die Folgen fehlender politischer und technischer Intelligenz bei den bisher praktizierten Entwicklungsmodellen und Lösungen“ gewesen sein. Auffällig ist vor allem, daß zu den Entwicklungsländern mit dieser „Einsicht“ gerade die reaktionärsten und teilweise faschistischen Regimes wie die in Südkorea, Philippinen, Thailand, Tunesien, Persien u. a. gehören.

Für die BRD hat das Kölner Institut für Soziologie unter Prof. René König die Durchführung übernommen. Erstaunlich sind dabei die internen Vorbemerkungen der Umfrage und verschiedene Sicherheitsvorkehrungen, die alle den Anschein der Unbedenklichkeit erwecken sollen. Im Interviewer-Leitfaden werden die Interviewer angehalten, etwaige politische Bedenken und Furcht vor Mißbrauch der Ergebnisse abzubauen und zu zerstreuen. Es geht außerdem dar-

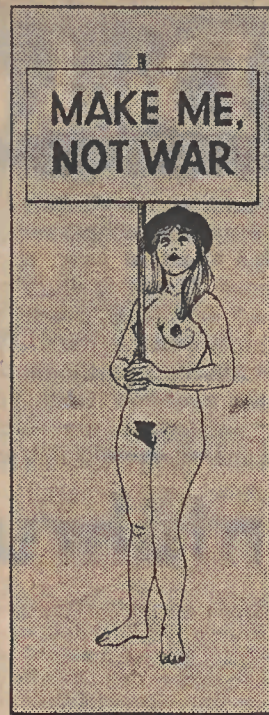
aus hervor, daß das Institut mit kollektivem Widerstand gegen die Befragung gerechnet hat.

Selbst wenn der Befragte, dessen Name und Adresse durch eine Zufallsauswahl ermittelt wird, die Beantwortung verweigert, kann seine Identität ermittelt werden: in diesem Fall hat der Interviewer heimlich einen sogenannten „Ausfallbericht“ auszufüllen (Fragen nach Wohnort im Heimatland, Studien-daten usw.), der auch das besondere Interesse der Auftraggeber an den Verweigerungsgründen deutlich macht.

Aus dem Inhalt des Fragebogens resultiert folgendes:

- Die persönliche Gefährdung der Befragten, da ihre Identität feststellbar ist.
- Der Versuch, die Befragten politisch einzuordnen, durch die Hinterfragung ihrer Zugehörigkeit zu politischen und anderen Gruppen.
- Die Ermittlung „wertvoller Unterlagen für die Bildungs- und Wissenschaftsplanung der beteiligten Länder.“
- Die Regelung für die Verwertung der Umfrageergebnisse ermöglicht es den imperialistischen Staaten und faschistischen Regimes wie Iran und Südkorea, die Rohdaten jedes einzelnen Fragebogens in die Hand zu bekommen und so ihre politischen Gegner zu identifizieren. Nach der Übertragung auf Lochkarten stehen die Fragebogendaten nämlich allen beteiligten Ländern bei UNITAR zur Verfügung.

Die Erfahrungen bei dem Versuch der reibungslosen Durchführung der UNITAR-Untersuchung in der BRD zeigen die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen solche Vorhaben auf. Bisher wurde die Befragung in Berlin, Frankfurt und Köln erst durch kollektiven Widerstand verhindert.



Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise für Uni-Angehörige
463 Bochum
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Nachwahl eines studentischen UKS-Mitgliedes

Zweiter studentischer Vertreter in der Uni-Kommission für Planung, Struktur und Finanzen ist ab sofort Ulrich Gantz aus der Fachschaft Chemie. Hauptaufgabe der beiden studentischen Vertreter wird es sein, endlich einmal Transparenz in das Haushaltsgebeten des Kanzlers zu bringen.

Die Studentenschaft sucht zur Einrichtung von Aufenthaltsräumen kostenlose und gut erhaltene

- Teppiche
- Matratzen
- Polstermöbel

Angebote oder Anlieferung bitte umgehend bei: Telefon 71-31 12, Lennershofstraße 60 – Baracke 1.



Brandt will zum Papst

Aus Bonn ist zu erfahren, daß sich Bundeskanzler Brandt verstärkt um eine Audienz beim Papst in Rom bemüht. Kontaktmann für Brandt soll der ehemalige Zentrumsolitiker Schauf sein. Als Gesprächsthema hat Brandt angeregt: Ostpolitik und Europäische Sicherheitskonferenz. Brandt liegt daran, in den laufenden Auseinandersetzungen um die Außenpolitik eine zumindest „neutralisierende“ Stellungnahme des Papstes zu erhalten. In der Sozialdemokratie ist man bestrebt, die Beziehungen zur katholischen Kirche wieder enger zu gestalten, nachdem der Renommier-Katholik Georg Leber aus dem Zentralkomitee der Katholiken abgewählt worden ist, was die SPD-Führung als „Zeichen einer Verschlechterung der Beziehungen“ wertete. Die Kirche wollte mit der Leber-Abwahl, wie katholische Publizisten durchblicken ließen der sozialliberalen Koalition wegen deren Bestrebungen, den § 218 teilweise zu suspendieren, einen „Schuß vor den Bug“ geben.



Der Gastkommentar

Aus „Die Welt“

In seinem Inhalt ebenso demagogisch erweist sich der Universitätsführer des AStA in Bochum. Den aufwiegenden, marxistisch-kommunistischen Artikeln fügt er u. a. Empfehlungen für die „Emanzipation studierender Homosexueller“ und sexuell kontaktsuchender Studenten bei. „Besonders viel fürs Studium zu arbeiten“ wird als „Ersatzbeschäftigung“ nichtbefriedigter sexueller Bedürfnisse ausgegeben. Der politische Auftrag studentischer Politik wird in diesem Satz zusammengefaßt: „So muß der Kampf der Studenten... notwendig ein antikapitalistischer sein, das heißt auch, daß er nicht demokratisch auf dem Boden unserer Verfassung sein kann, sondern von vornherein mit sozialistischer Perspektive geführt werden muß.“

Der Universitätsführer der Universität Bochum — aufwendig hergestelltes — ist ein bereites Beispiel für eine an Infantilität grenzende Verniedlichung politischer Tatbestände. Der revolutionäre, den Staat, die Parteien, die Wirtschaft verhöhnende Text ist Seite für Seite durchsetzt mit Anzeigen der Industrie, der Banken, der Arbeitgeberverbände. Auch die CDU — „offen, fortschrittlich, dynamisch“ — hat inseriert.

Auch der „Bayernkurier“ widmete in seiner letzten Ausgabe unter der Überschrift „Marxistisches Rezeptbuch — In Bochum öffentlich den

Umsturz propagiert“ einen vier-spaltigen Artikel allein über den hiesigen Uniführer. Hier die prägnantesten Ausführungen:

Töne, die noch vor wenigen Jahren Stürme der Entrüstung ausgelöst hätten, heute echauffiert sich kein Mensch mehr darüber. Die politischen Schönwettermacher, allerdings gegen alles, was die Beziehungen zu den östlichen Gesprächspartnern trüben könnte, stellen sich gegen linke Agitatoren grundsätzlich taub. Hier wird in einem Univer-sitätsführer, der nicht nur einige Extremisten, sondern eine breite Öffentlichkeit erreicht, ganz offensichtlich zu Umsturz, Revolution und Systemüberwindung aufgerufen.

Das kurioseste an diesem so eindeutigen Universitätsführer aber ist die statliche Reihe führender deutscher Firmen, die als Inserenten erst das finanzielle Fundament zu dieser Broschüre gelegt haben. Da wirbt die CDU mit dem markanten Slogan: „offen — fortschrittlich — dynamisch“, während sich wie ein roter Faden von der ersten bis zur letzten Seite eine Hetzkampagne zieht, die all das in Frage stellt, was der Union gut und verteidigungswert erscheint...

Da wird auch gefordert: „Kauft nach Möglichkeit nicht bei Brockmeyer, die schon genügend Geld scheffeln...“, zehn Seiten weiter findet man eine ganzseitige Anzeige der Buchhandlung Brockmeyer.

Mittwoch, 26. Januar 1972

MENSA-FÊTE

mit: XHOL — Sameti — Opossum

light show, polit- u. a. Filme,

KdV-Beratung, Büchertische

Diese Fête wird die im Kontaktspiel angekündigte

KONTAKTFÊTE!!!

Ihr werdet dafür sorgen, daß diesmal niemand frustriert herumläuft!

BEGINN: 19.30 Uhr — EINTRITT: 3,- DM

Vorverkauf ab 18. Januar 1972, mittags in der Mensa, und am Verkehrsverein Hauptbahnhof

Aktion Widerstand soll als Verein aufgelöst werden

Die im Oktober 1970 gegründete faschistische „Aktion Widerstand“, später zum „e. V.“ geronnen, wird in diesem Jahr aufgelöst werden. An seine Stelle soll, Informationen aus „nationalen Kreisen“ zufolge, ein Arbeitskreis als „koordinierendes Gremium“ treten. In ihr sollen die NPD und die „im vorparlamentarischen Raum“ agierenden Faschistengruppen vertreten sein.

Der Hintergrund dieser Umsetzung: Innerhalb der Faschisten war es zu heftigen Auseinandersetzungen darüber gekommen, ob die „Aktion Widerstand“ als Neugründung zu verstehen ist, die Kern einer neuen Partei sein könnte. Die etablierten Gruppen haben sich damit durchgesetzt.

Zweiter Grund für die neue Form ist, die bisherigen Aktionen von Widerständlern fester in den Griff zu bekommen. Die neue Führung der NPD wünscht, daß Aktionen von Randgruppen nicht mehr der Aktion Widerstand angelastet werden können, weil dieser Arbeitskreis versuchen will, seine Fühler in die CSU- und CDU-nahen Kreise mehr als bisher hineinzustrecken.

Die beiden Säulen der neuen „Aktion Widerstand“ werden NPD und der Kreis um das Neonazi-Blatt „Mut“ sein. Als Organe stehen neben den NPD-„Deutschen Nachrichten“ zur Verfügung: „Mut“, „Nation Europa“, „Report“ und die „Deutsche Wochenzeitung“.

Der „Widerstands“-Koordinator Manke (Bensberg/Rheinland) hat in einem Rundbrief aufgefordert, „Rabaukumtum, nationalkommunistische Sozialismusphrasen, hiederliche APO-Auftritte, gewalttätige Kleingeisterei und großsprecherische Überheblichkeit nicht mehr als nationale Politik auszugeben.“

Denn: „Diese primitiven Provokationen weniger Außenseiter schaden viel, weil sie den Feinden unseres Volkes in die Hände arbeiten, die irreführende Bevölkerung gegen das Nationale aufbringen und verantwortungsbewußte Aktionen

übel belasten.“ In der Mitte Januar erscheinenden neuen Ausgabe von „Mut“ heißt es nahezu gleichlautend: „Wir haben radikal für das Recht und eine bessere Lebensordnung zu kämpfen, nicht aber mit extremistisch-primitiven Methoden herumszuspielen.“

Damit hat sich jetzt jene Linie bei den Faschisten durchgesetzt, die postuliert hat, daß die „nationale Rechte“ nur im engen Zusammenwirken mit den „etablierten“ Faschisten zum Ziel kommen kann, sich als „law and order“-Gruppe präsentieren muß und den ideologischen Anschluß an die CDU/CSU zu finden hat, ohne dabei die

Jugoslawien setzt Sozialisten fest

Am 1. Januar wurden zwei frankfurter Genossen — Herbert Nagel (wissenschaftlicher Publizist) und Inga Buhmann (Sozialarbeiterin) — von den jugoslawischen Behörden festgenommen als sie gerade die jugoslawisch-griechische Grenze passieren wollten. In ihrem Wagen wurden politische Materialien der griechischen Widerstandsorganisation „Bewegung des 20. Oktober“ und Sprengstoff gefunden. Seitdem werden diese Genossen von den Behörden Jugoslawiens festgehalten.

Wie schon 1948, als die Regierung Tito während des griechischen Bürgerkriegs die Grenzen für griechische Flüchtlinge schloß, ist auch heute das angeblich „sozialistische“ Jugoslawien nicht bereit, den Freiheitskampf der griechischen Sozialisten auch nur zu dulden. Stattdessen werden dringend benötigte

Selbständigkeit aufzugeben.

In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß es erste Annäherungen zwischen dem NPD- und „Widerstands“-Flügel der Faschisten einerseits und dem CSU-freundlichen Kreis um die „National- und Soldatenzeitung“ gibt. In München fand eine erste gemeinsame Kundgebung statt, auf der Dr. Frey (Nationalzeitung und Vorsitzender der Deutschen Volkunion) gemeinsam mit den „Widerstands“-Leuten Manke und Art auftrat. Frey hatte bisher die NPD-Gruppe scharf abgelehnt und CDU, vor allem aber CSU, als Sammelbecken der Faschisten bevorzugt.

Materialien beschlagnahmt und die Genossen, die den bewaffneten Kampf des antifaschistischen Widerstands mutig unterstützen, festgehalten. Mittlerweile soll anscheinend sogar der groteske Vorwand einer Kollaboration mit rechtsnationalistischen Kräften Kroatien konstruiert werden.

Die jugoslawischen Behörden waren erst bereit, die beiden Deutschen gegen Zahlung einer Geldstrafe (wegen Zollvergehens) wieder auf freien Fuß zu setzen. Nach Intervention der griechischen Faschisten, die sogar die Auslieferung der beiden Verhafteten an Griechenland forderten, entschlossen sie sich jedoch zur Anklageerhebung. Die jugoslawischen Revisionisten vermeiden offensichtlich alles, was ihre guten Beziehungen zu den griechischen Faschisten stören könnte.

Dank an alle Spender

Im Namen der Hilfsaktion Vietnam e. V. möchte ich den Arbeitern der Baustahl und Fertigbeton GmbH in Bocholt und den Bediensteten und Studenten der Uni Bochum dafür danken, daß sie mit ihren Geldspenden dazu beigetragen haben, die von den US-Aggressoren zerstörte Kinderklinik in Haiphong (Demokr. Rep. Vietnam) wieder aufzubauen. Das Spendenaufkommen betrug 260,05 DM.

Da aber noch viele tausend Kinder in Haiphong auf Medikamente und weitere Krankenstationen warten, ist die weitere Unterstützung dringend erforderlich.

Somit bitte ich die Leser der BSZ darum, ihre Spenden weiterhin der Hilfsaktion Vietnam e. V., 4 Düsseldorf, Bilker Straße 35, Postscheckkonto 900 40 Essen und der Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf 10 162 503 zuzusenden, um damit Solidarität und Hilfsbereitschaft mit dem vietnamesischen Volk zu bekunden.

Reiner Benning

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Sa., 15. 1. 72	DEROLL ADAMS, USA	4,-	3,-
20.00 Uhr	Folksongs, eigene Songs		
Sa., 22. 1. 72	FRANZ DE BYL und HEIKE GOTTLIEB	4,-	2,50
20.00 Uhr	Blues und Pantomime		
Sa., 29. 1. 72	WOLF-DOLDINGER-QUARTETT	4,-	2,50
20.00 Uhr	Pop Jazz		
Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE			
Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.			



Führendes Haus in Western-Bekleidung

Twen Shop
Bekleidung für junge Leute

Rücklaufbestände der US-Armee

US VERKAUF

H. PETERMANN

Bochum - Rathausplatz 8

Telefon 66939

Contacta Institut

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt



RENAULT

BETREUEN LASSEN!

ENTHUSIASTEN!!!

WO?

FAHRZEUG!

KAUFEN!

BERATEN LASSEN!

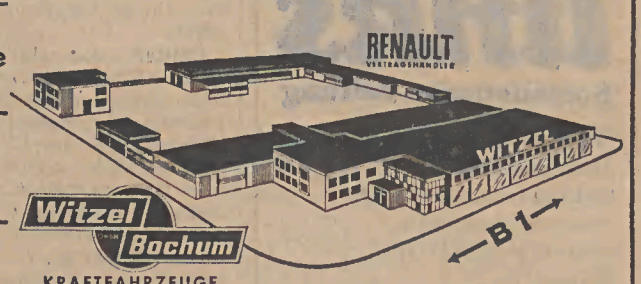
WO?

Bei uns!

Freuden-bergstraße 27-31

Univer-sitäts-straße 35

Telefon 5 26 51 / 52



Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff

(Mensaparkplatz)

Neu:

Busfahrkarten aller Art

B S Z

Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität: Reinhard Graeven (SHB), Bernd Bekemeyer (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sanger (SAG), Eva Adameit (SHB).
Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Axel Jost (SHB), Jörk Böhnk. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: s. Redaktion.
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.